

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 2,00 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 25 Pf. bei ins Haus Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Abonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die (schwarze) Annoncenzeile aber deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Erzeugnisse und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: die in der 3. Spalte des 1. Blattes (jeweils) abgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen zeigen bis zum 10. Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (Wörter über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ersteht täglich. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Mittwoch, den 11. November 1914. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Fortschritte an der Westfront und in Flandern

Ein Erfolg Dewets. — Englische Heeresorgen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der französische Tagesbericht.
 Paris, 10. November. (B. T. V.) Amtlicher Bericht vom 9. November, 11 Uhr abends. Keine bemerkenswerte Aenderung in der Lage infolge der Schwierigkeiten, die ein dichter Nebel für Operationen von einiger Ausdehnung hervorruft. Im Norden haben wir unsere Stellungen zwischen Nys und Langhemarcq behauptet und haben zwischen Langhemarcq und Dismuiden merkliche Fortschritte gemacht.

Der Artilleriekampf in Westlandern.
 Nichtamtlich. Basel, 10. November. (B. T. V.) Zu dem hier eingegangenen „Petit Parisien“ vom 8. November bemerkt Oberstleutnant Pouillet, daß der Kampf in Flandern zu einem Artilleriekampf geworden sei. Er hält zwei Beweggründe dafür auf deutscher Seite für möglich, entweder seien die Truppen sehr ermattet, oder das Geschützfeuer solle nur einen Rückzug bedeuten. Daß die Deutschen allein durch Kanonendonner eine Wirkung zu erzielen hoffen, glaube er nicht, denn die Artillerie bleibe immer nur Hilfswaffe. Die Entscheidung liege immer nur bei der Infanterie, die natürlich von Artillerie unterstützt sein müsse. Um den Feind zu werfen, müsse zum Feuer die Vorwärtsbewegung hinzutreten; man müsse den Feind drängen, müsse vordringen, und zwar in großen Massen. Da die Deutschen dies zu unterlassen schienen, seien die Aussichten für die Verbündeten günstig.

Verluste der Jader.
„Tauben“ über Verdun.
 Basel, 10. November. (B. T. V.) Die „Baseler Nachrichten“ geben folgende Pariser Meldung des „Corriere della Sera“ wieder: Ein vom Kriegsschauplatz kommender Augenzeuge schildert die Tapferkeit der indischen Truppen, die sofort nach der Landung in die Schlachtfront gebracht wurden. Hier erlitten sie gleich in den ersten acht Tagen ungeheure Verluste; so verlor eine Bataillonspatrouille schon beim ersten Zusammenstoß alle Offiziere und 60 Proz. des Effektivebestandes. Das genannte Blatt berichtet weiter: Verdun wurde oft von deutschen Fliegern überflogen, die Bomben warfen. Die Bevölkerung sah den Flügen der Tauben ebenso neugierig und bewundernd zu wie die Bevölkerung in Paris. Die Einwohnerzahl wuchs täglich, je mehr die Deutschen näher rückten, bis der Befehl kam, Verdun zu räumen. Ein Eisenbahnzug mit 2000 Flüchtlingen entging nur durch Zufall dem Bombardement der Deutschen. Eine unglückliche Panik spielte sich auf der Station bei dem Ansturm auf die Züge ab.

Der bayerische Kronprinz gegen die Engländer.
 Kronprinz Rupprecht von Bayern, der Führer der sechsten Armee, hebt in einem neuerlichen Armeebefehl die Schwierigkeit des Kampfes gegen Franzosen, Engländer und deren exotische Hilfstruppen hervor und sagt dann:
 „Soldaten! Die Augen der ganzen Welt sind auf Euch gerichtet. Es gilt jetzt, in den Kämpfen mit unserem verzögerten Feind nicht zu erlahmen, seinen Hochmut endlich zu brechen. Schon wird er mürbe; schon haben sich zahlreiche feindliche Offiziere und Mannschaften freiwillig ergeben. Aber der größte entscheidende Schlag steht noch bevor. Ihr müßt darum aushalten bis zum Ende. Der Feind muß hinunter! Ihr müßt ausbauern, ihn nicht aus den Fängen lassen! Wir müssen, wollen und werden siegen!“

Die deutsche Verwaltung in Belgien.
 Die belgische Regierung in Havre hat den belgischen Beamten gestattet, in den Dienst der deutschen Verwaltung zu treten und eine entsprechende Gehorsamsbekanntmachung zu unterzeichnen. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:
 „Ich, Unterzeichneter verpflichtet mich hiermit, entsprechend den Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907, meine

Die Meldung des Großen Hauptquartiers
 Amlich. Großes Hauptquartier, 10. November, vormittags. (B. T. V.) Unsere Angriffe bei Ypern schritten auch gestern langsam vorwärts. Ueber 500 Franzosen, Farbige und Engländer wurden gefangen genommen und mehrere Maschinengewehre erbeutet.
 Auch weiter südlich arbeiteten sich unsere Truppen vor. Heftige Gegenangriffe der Engländer wurden zurückgewiesen.
 Im Argonner Walde machten wir gute Fortschritte, feindliche Vorstöße wurden leicht abgewehrt.
 In Russisch-Polen bei Konin zersprengte unsere Kavallerie ein russisches Bataillon, nahm 500 Mann gefangen und erbeutete acht Maschinengewehre.
 Oberste Heeresleitung.

Tätigkeit gewissenhaft und treu fortzuführen und nichts zu unternehmen oder zuzulassen, was die deutsche Verwaltung des belgischen Staatsgebietes schädigen könnte.“
 Der deutschen Verwaltung auch den Treueid zu leisten, ist den Beamten von der belgischen Regierung verboten worden.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.
Dewet schlägt Cronje.
 London, 10. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Pretoria von gestern: Der Führer der südafrikanischen Dewet gewann Führung mit einer Abteilung Regierungstruppen, die unter dem Kommando des Mitglieds der gesetzgebenden Versammlung Cronje stand, und zersprengte sie. Der Sohn Dewets sei in dem Gefecht.

London, 10. November. (B. T. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Pretoria: Das Mitglied der gesetzgebenden Versammlung Cronje hat am 7. November mit einem Regierungskommando Winburg mit dem Auftrage verlassen, andere Kommandos in der Umgebung zu sammeln. Es wurde gemeldet, daß General Dewet mit 2000 Mann sich in der Nachbarschaft befand. Dewet griff Cronje bei Doornberg an der Brücke über den Zandflak mit dem Ergebnis an, daß Cronje 30 Wunden, darunter elf Verwundete, gefangen nahm. 10 Wunden fielen. Dewet erhielt jedoch Verstärkungen, denen es gelang, die Gefangenen zu befreien und Cronjes Wagen zu erbeuten.

Der Seekrieg.
Das Schicksal des Kreuzers „Glasgow“.
 Rom, 10. November. (L. U.) „Stefani“ meldet, der englische Kreuzer „Glasgow“ ist nach Puerto Monte, 450 Seemeilen südlich Valparaiso, gesunken.

Neue Beute der „Karlsruhe“.
 London, 9. November. (B. T. V.) Am 3. November ist in Plymouth ein Dampfer mit 17 Mann Besatzung des holländischen Dampfers „Paris“ eingetroffen, der von dem deutschen Kreuzer „Karlsruhe“ versenkt wurde, da er 28000 Quarter Weizen von Portland in Oregon für Velfast an Bord hatte. — Lloyd meldet aus Harmouth: Der schwedische Dampfer „Aile“ ist auf eine Mine gestoßen und gesunken. Sechs Mann werden vermisst, die anderen sind in Harmouth gelandet.

Allgemeine Wehrpflicht in England?
 Unser Londoner Korrespondent schreibt uns vom 4. November aus Amsterdam:
 Englische Mütter fangen allmählich an, das Volk mit dem Gedanken an die Einführung des militärischen Dienstzwanges, dessen Unwesenheit bisher die „freigeborenen Briten“ von den Völkern des europäischen Festlandes vornehmlich unterschied, vertraut zu machen. Trotz aller Bemühungen und gelegentlicher sprunghafter Resultate — die sich zumeist nach der Meldung einer zu Lande oder zur See erlittenen Schlappe einstellen — will die Rekrutierung für die neuen Armeen Lord Kitcheners nicht recht vom Fleck kommen. Noch immer ist die erste Million neuer Rekruten nicht herbeigeschafft, aber schon werden ähnliche Andeutungen verbreitet, daß man demnächst einer zu einem Million bedürfen werde. Woher kommt dieser relative Misserfolg der Rekrutierung? Wir lesen in deutschen bürgerlichen Blättern Darstellungen, die mit grenzenloser Verachtung von dem englischen „Soldatenheer“ sprechen; die englischen Soldaten, heißt es, befehle kein wahrer Patriotismus, sie kämpfen nicht für Ideale, sondern nur um schmutzigen Sold. Das ist — braucht das in unserer Presse gesagt zu werden? — Unsinn, der nur dem eigenen Lande schaden kann, weil er über die wirkliche Kraft des Gegners hinwegtäuscht und gefährliche Illusionen weckt. Das englische Volk befecht nicht weniger Idealismus, es ist, sobald es ihre Notwendigkeit erkannt hat, zu nicht geringeren Opfern bereit als irgendein anderes Volk. Die in England bestehende freiwillige Rekrutierung bei leidlich guter Bezahlung hat naturgemäß die Folge, daß sich größtenteils arbeitslose oder mit Arbeitslosigkeit bedrohte junge Leute anwerben lassen, aber es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß irgendein erheblicher Teil des Heeres bloß des Soldes wegen in den Krieg zieht oder daß nicht Tausende und Abertausende, die kein wirtschaftlicher Zwang treibt, aus simpler patriotischer Begeisterung der Armee beitreten.
 Daß sich für die Bedürfnisse Kitcheners noch nicht genug Leute gemeldet haben, ist auf eine Reihe von Umständen zurückzuführen. Zunächst haben die Heeresbehörden selbst die Rekrutierung bisher noch nicht mit beharrlichem und systematischem Hochdruck betrieben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es ihnen unmöglich gewesen wäre, neue Rekruten plöglig entsprechend unterzubringen und auszubilden. Ferner aber — und das ist das Entscheidende — haben alle Bemühungen des größten Teils der Presse, dem englischen Volke die Ueberzeugung beizubringen, daß es sich bei diesem Kriege auch für England um Leben oder Tod handle, bisher nur geringen Erfolg gehabt. Die Massen des englischen Volkes glauben es einfach nicht oder noch nicht, daß die Weltmachtstellung, geschweige denn die nationale Sicherheit und Unabhängigkeit Englands ernsthaft gefährdet seien. Sie meinen, daß die Opfer, die England bisher gebracht hat, in der Hauptsache doch nur im Interesse Frankreichs und Belgiens gebracht worden sind. Und diese Opfer sind sicherlich unvergleichlich größer gewesen, als die meisten Engländer vor dem Kriege für denkbar gehalten haben. England hat von Anfang an ein beträchtliches Expeditionsheer nach dem Kontinent geschickt und es durch ununterbrochene Nachschübe ergänzt und vermehrt, es hat aus Indien, Kanada, Australien Truppen gebracht, es hat unter stetigen und empfindlichen Opfern — dem „Preis der Seeherrschaft“ — Deutschland vom Weltmeer ausgeschlossen und Frankreich den freien Gebrauch der See gesichert. Können unsere Verbündeten, so fragt sich mancher Engländer, noch mehr Dienst von uns verlangen? Nur wenn das englische Volk die Ueberzeugung gewinnt, daß England um seine eigenen Lebensinteressen kämpfen muß, daß Deutschland ernsthaft verfallen wolle und könne, diese Lebensinteressen anzugreifen, nur dann wird das englische Volk bereitwillig äußerste Anstrengungen machen. Der Fall von Antwerpen, das Vordringen der Deutschen nach der belgischen Küste und in der Richtung von Calais, das Sinken jedes englischen Kriegsschiffes und die kolportierten Drohungen von hoch- und niedriggestellten Deutschen gegen England — alles das sind der militärischen Presse Englands nur willkommenes Mittel, das englische Volk davon zu überzeugen, daß es seine ganze Kraft in diesem Kriege einsetzen müsse, genau wie Frankreich und Deutschland es tun.
 Die „Daily Mail“, die berüchtigte Vulgärausgabe der

„Times“) lieft heute der englischen Regierung im allgemeinen und dem englischen Pressebureau im besonderen die Leviten, weil sie es veräumen, die „menschlichen Gefühle des englischen Volkes anzuregen und seine Einbildungskraft anzulehren“, um die Rekrutenwerbung zu fördern. Die strenge Zensur lasse die englischen Massen die wahre Bedeutung der Kämpfe auf dem Kriegsschauplatz und die wirkliche Kriegslage nicht erkennen, sie meinen noch immer, daß es sich bloß um interessante Gefechte fern im Auslande handle, die die Engländer nur mittelbar berühren. Rekruten marschieren ohne Sang und Klang stumm durch die Straßen, die kolonialen Truppen bekäme das Volk gar nicht zu sehen. Wie kann man mit solchen Methoden Volksbegeisterung wecken? Wenn das nicht anders wird, dann werde die schleunige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unvermeidlich werden.

Alle Agitationen der englischen Sappresse — auch die sinnlosesten — haben bisher so prompt und vollständigen Erfolg gehabt, daß man befürchten muß, es werde bei dieser nun einsetzenden Agitation zugunsten des allgemeinen Militärzwanges ebenso gehen. Vielleicht hält es die Heeresverwaltung noch für gefährlich, offen mit dieser Forderung heranzutreten. Man weiß, daß sie bei den englischen und vor allem auch den irischen Massen ernststen Widerständen begegnen würde, und auch die Liberalen wollen nicht einsehen, daß man den „deutschen Militarismus am Kontinent vernichten“ müsse, wenn man sich ihr gleichzeitig zu Hause auf den Hals schaffte. Allein große Hoffnungen können auf diese Widerstände nicht gesetzt werden. Was auch der Krieg auf den Schlachtfeldern bedeuten mag, das eine ist gewiß, daß er zu Hause die schrankenlose Herrschaft der Militaristen bedeutet. Ein paar wohlorganisierte Baniken der englischen militaristischen Presse, zumal wenn sie durch deutsche Vorkämpfe zu Land oder zur See oder gar aus der Luft unterstützt sein sollten, würden vollständig genügen, den militaristischen Plänen zum Siege zu verhelfen. Dann würde dieser Krieg dem englischen Volke das bringen, was die englischen Sozialisten am meisten von ihm befürchten haben: die dauernde Umwandlung Englands in einen Militärstaat.

London, 10. November. Die „Times“ berichten, daß von dem gehofften Aufschwung in der Rekrutierung noch nichts zu merken sei. Die letzte Woche war in bezug auf die Eintrittsmeldungen für die neue Armee die schlechteste seit Ausbruch des Krieges.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die russischen Verluste vor Przemyśl.

Wien, 9. November. Das Kriegspressequartier veröffentlicht eine auf authentischen Daten beruhende Darstellung, durch welche die von amtlicher russischer Seite verbreiteten Nachrichten über den Umfang der russischen Verluste bei Przemyśl auf ihre Richtigkeit geprüft werden sollen.

Nach längeren Einzeldarlegungen kommt die Darstellung zu folgendem Ergebnis:

„Angesichts dieser Verhältnisse muß es als sicher gelten, daß die von russischer Seite stammenden und in unter russischer Zensur stehenden Lemberger Zeitungen veröffentlichten Angaben, daß die Russen bei Przemyśl 70 000 Mann verloren hätten, viel zutreffender erscheinen, als unsere anfänglichen Schätzungen von 40 000 Mann. Die amtliche russische Behauptung, daß diese Ziffern hundertfach übertrieben sind, erscheint um so dreister, als während der Belagerung, zwischen dem 18. September und dem 10. Oktober, allein 1400 Russen gefangen in die Festung gebracht wurden.“

Kämpfe in der Bukowina.

Wien, 10. November. (B. Z. B.) Das „Fremdenblatt“ meldet aus Czernowitz: Die Russen, die an der Grenze bei Boja und Nowosielica stehen, sandten gestern Schrapnelle

nach Czernowitz, doch wurden die feindlichen Batterien bald zum Schweigen gebracht. Das Vorkampfsgefecht um Czernowitz endete mit dem Rückzug der Russen. In den Kämpfen östlich Czernowitz stehen meistens russische Landstürmer des letzten Jahrganges.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Weitere österreichische Erfolge.

Wien, 10. November. (B. Z. B.) Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amtlich gemeldet: Die erbitterten Kämpfe an den Bergflüssen der Linie Sabac—Jednica wurden auch gestern bis in die Nacht fortgesetzt und hierbei einzelne der feindlichen, stark verschanzten Stellungen erstickt. — Südlich der Planina drangen unsere siegreichen Truppen auf dem Tage zuvor erreichten Raime östlich Loznica—Krupanj—Jubovija weiter vor. Auch hier kam es zu hartnäckigen Kämpfen mit den Nachhutern des Gegners, die sämtlich in kurzer Zeit geworfen wurden. Unter den zahlreichen Gefangenen befindet sich auch Oberst Anadolovic, unter den erbeuteten Geschützen eine moderne schwere Kanone.

Der türkische Krieg.

Türkische Offensive im Kaukasus.

Konstantinopel, 9. November. (B. Z. B.) Mitteilung des Hauptquartiers. Obwohl Schnee und Nebel herrschen, dauert unsere Offensive an der kaukasischen Grenze an.

Die russische Darstellung der Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 10. November. (B. Z. B.) In einer Mitteilung des Generalstabes der kaukasischen Armee wird bekannt gegeben, daß am 8. November der Kampf bei Tagesanbruch in der Nähe von Reprisoel mit neuer Kraft aufgenommen wurde, als der Feind gegen die russischen Truppen in der Gegend von Erzerum gesammelte Streitkräfte einsetzte, die ihrerseits von der Besatzung dieser Festung verstärkt wurden. Am Nachmittag nahm der Kampf einen besonders hartnäckigen Charakter an, als die Türken ihre Vorhut durch neue Divisionen verstärkten. Indes sei ihr Veruch, einen der russischen Flügel zu umfassen, gescheitert. Zum Schluß heißt es: Dank der Tapferkeit unserer Truppen konnten wir gegen Abend als der Kampf nachließ, alle eroberten Stellungen behaupten. Eine unserer Kolonnen bemächtigte sich der Stellungen von Karaklisse und Klasklertertala.

Kein Aufstand in Armenien.

Konstantinopel, 10. November. (B. Z. B.) Die auch von einigen Wiener Blättern übernommene Meldung des „Temps“, daß unter den Armeniern ein Aufstand ausgebrochen sei, ist erfunden. — Die Pforte erklärt diese Meldung entschieden für unwahr; übrigens beweisen die Haltung des armenischen Patriarchen und die Sprache der armenischen Presse, wie sehr das armenische Volk treue Anhänglichkeit an die Türkei behaltet und zu allen Opfern bereit ist.

Das Schicksal der Deutschen in Rußland.

Ueber die Behandlung der Deutschen in Rußland gehen uns von unterrichteter Seite Mitteilungen zu, die das Los jener Volksgenossen sehr traurig erscheinen lassen. Als der Krieg ausbrach, bemächtigte sich auch dieser Darstellung die russische Regierung und schickte aller wehrpflichtigen Deutschen und Oesterreicher. Man schaffte sie nach den Gouvernements nördlich der Wolga und östlich des Ural. Es war aber kein geregelter Transport, sondern mehr eine gewaltsame Verschleppung unter Anwendung größter Härten.

Damit jedoch nicht genug. Bald wurden auch ältere Leute und selbst Frauen und Kinder verhaftet. Ja, sogar ein 70jähriger Konjul wurde abtransportiert. Man ließ die Betroffenen nicht einmal das notwendige Gepäck mitnehmen und

Der von Kennenlamp zum Gouverneur von Jüterburg ernannte Arzt Dr. Bierfreund tat sein Möglichstes, um Unheil von der Stadt abzuwenden. Er ließ die verlassenen Läden öffnen und die Waren von beliebigen Verkäufern und Verkäuferinnen sowie von ansässigen Bürgern verkaufen. Dadurch verhinderte er, daß in die Läden eingeschoben und sie geplündert wurden, denn die vorhandenen Waren konnten ja nun käuflich erworben werden. Dr. Bierfreund beschaffte Lebensmittel und sorgte für Arbeitsgelegenheit. Dadurch nahm er dem Diebstahl den Vorwand der Not weg. Trotz alledem hatte er als Gouverneur vielfach mit Verstandnislosigkeit und Bosheit zu kämpfen. Geschäftliche Verleumdungen log seine wahrhaft patriotische Tätigkeit in Rufensfreundschaft um; man sprach ihn die nationale Gesinnung ab. Krämer und kommunale Gläubiger fühlten sich durch verschiedene Maßnahmen des Gouverneurs in ihren Interessen geschädigt. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben jetzt Dr. Bierfreund durch eine in öffentlicher Sitzung beschlossene Adresse rehabilitiert, in der es heißt: „... Sie haben mutig und energisch die Leitung unserer Stadt, die von den in erster Linie berufenen Verwaltungsbeamten verlassen war, übernommen und haben dem Feinde gegenüber unsere Stadt und ihre Bürgerschaft mannhafte unter Einsetzung Ihres Lebens vertreten. Es ist dadurch wesentlich mitzuredet worden, daß die Russen die Stadt schonend behandelt haben und daß die Stadt und ihre Bürger an Hab und Gut, an Leib und Leben verhältnismäßig wenig geschädigt worden sind.“ Um diese Kundgebung richtig zu würdigen, muß man bedenken, daß Dr. Bierfreund nicht nur den Russen, sondern auch pflichtvergessenen Stadtbeamten und profitgierigen Krämeren entgegengetreten ist. Wie er jetzt über die Treibereien dieser Leute geäußert hat, so sollte es im Interesse des Allgemeinwohl auch an verschiedenen anderen Orten geschehen! — Heute geht in Jüterburg das Leben wieder seinen gewohnten Gang.

Kriegselend.

Einer Einblick in das Elend der Bevölkerung in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten bietet folgender Brief eines Landwehmannes an seine Eltern. Erreulich ist das Mitgefühl des Schreibers mit der Not der Armen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Liebe Eltern!

Hoffentlich seid Ihr zu Hause noch alle gesund wie bei unserer Abreise. Auch die traurige Nachricht mit unserem lieben Robert (gestorben in Ostpreußen) muß überwunden werden, da an alledem nichts zu ändern ist. „Aria“ bejagt eben alles. Sehr schwer hat hier die Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze zu leiden, wo der Krieg sich abspielt. Die Erfurter, sowie die Bevölkerung im Zentrum Deutschlands mag sich glücklich schätzen. Man möchte jeden einzelnen beneiden, trotzdem auch dort das Volk indirekt zu leiden hat. Wohl dem, der das Schreckliche des Krieges nicht durch-

verschonte sie vor keinen Strapazen. Das Geld, das sie bei sich hatten, fiel den russischen Beamten zum Opfer, teilweise wurde es abgenommen unter dem Vorwand, daß es dem „Roten Kreuz“ zugesandt werden sollte. Auch Pferde, Wagen, Segelboote und Automobile wurden den Verhafteten einfach weggenommen. — Die Verurtheilung des amerikanischen Postcharters in Petersburg, die zu Unrecht Verhafteten frei zu bekommen, führten zu keinem Ergebnis.

Dann wurde bekannt gegeben, die deutsche Regierung habe alle Wehrfähigen vom 17. bis zum 45. Jahre zu den Waffen gerufen. Daraufhin begann ganz allgemein eine große Deutsche Zivildienstjagd, so daß sich heute schon mehr als 175 000 deutsche Zivildienstgefangene in den Gouvernements jenseits der Wolga befinden sollen.

Ganz besonders schlimm werden die Zustände in Perm und Jekaterinenburg geschildert. Man sperrte die Gefangenen dort in Choleraquarantänen, hier ins Gefängnis, nahm ihnen alle Wertgegenstände ab und gab ihnen in Jekaterinenburg allenfalls ein tägliches Verpflegungsgeld von 36 Pf. Auch 20 österreichische Sanitätskolonnen wurden mit den Zivildienstgefangenen zusammen untergebracht, obgleich das natürlich völlerrechtswidrig ist.

Nach den neuesten Abmachungen zwischen den Regierungen schien es, als ob für manche der Gefangenen die Stunde der Erlösung schlagen würde. Von Petersburg erging die Verfügung, daß alle deutschen Zivildienst über 45 Jahre Rußland verlassen dürften. Auch das abgenommene Geld sollte ihnen zurückerstattet werden. Aber die Verfügung blieb auf dem Papier: Das Geld wurde, zumal keine Quittungen ausgestellt worden waren, nicht zurückvergütet und die Rückfahrt nur denen erlaubt, die sie bezahlen konnten.

Die Aufschrift schließt mit den Worten: „Es erscheint nach dem Gefogten dringend notwendig, daß Deutschland erneut die Vermittlung der neutralen Staaten anruft, um dieses Elend vieler tausender deutscher Staatsangehöriger in Rußland zu mildern. Auch müßte die Gewähr gegeben werden, daß Geldsendungen, die zur Heimfahrt bestimmt sind, wirklich in die Hände der Betroffenen gelangen und nicht unterwegs von gewissenlosen russischen Beamten unterschlagen werden.“

Das Schicksal der deutschen Gefangenen unter russischer Aufsicht ist so erbarmungslos, daß schnelle und energische Maßnahmen notwendig sind. Man sende zuverlässige Personen — Schweden, Amerikaner — mit Geld zu den Verhafteten, damit sie in den Stand gesetzt werden, sich Kleidung und Nahrung zu verschaffen. Nur ein tatkräftiges Eingreifen der Hilfsstätigkeit von privater Seite kann schnelle Hilfe bringen. Eile tut not, wenn nicht tausende dem Untergange hilflos entgegengehen sollen.“

Rußland und China.

Leipzig, 9. Novbr. (B. Z. B.) Dem „Leipziger Tagebl.“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Wie die hiesigen Blätter aus Petersburg melden, hat die russische Regierung in Peking Protest erhoben gegen die begonnenen starken chinesischen Konzentrationen an der Grenze der Mandchurei.

Portugiesische Hilfe.

Lissabon, 10. November. (Z. U.) Chagas, der portugiesische Gesandte in Bordeaux, erklärte dem Korrespondenten der „Stampa“, die Hilfe, die Portugal England gewähre, sei vollständig und bedingungslos. Die englisch-portugiesische Waffenbrüderschaft aus der Zeit Napoleons werde jetzt erneuert. In einigen Tagen würden die Kammern zusammentreten und sie würden zweifellos die Vorschläge der Regierung billigen, nachdem alle Parteiführer bereits ihr Einverständnis ausgesprochen hätten.

Verstärkung der Besatzung der Cyrenaika.

Rom, 10. November. (Z. U.) Der Vorschlag des Generals Ameglio, die Besatzung der Cyrenaika durch Truppen aus Eryträa zu verstärken, wurde angenommen. Die telegraphischen Befehle hierzu wurden bereits erteilt.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Wahrer und falscher Patriotismus.

..... den 4. November.
Besthin beobachtete ich eine rührende Szene. Eine Frau, die augenscheinlich nicht sehr wohlhabend war und die ihre Heimat verlassen hatte, um näherer Bekanntschaft mit den Russen zu entgegen, verteilte ihren ganzen Rucksack an müde und hungrige Soldaten. Ein guter Mensch, eine Patriotin im edlen Sinne des Wortes, gab sie in jüdischer einfacher Weise ganz still, ohne Aufhebens davon zu machen, ihr letztes Stüchlein Brot her. Vielleicht hatte sie die Aussicht, sich bald bei Bekannten oder Verwandten an einen gedeckten Tisch setzen zu können — ich weiß es nicht, ich sah aber, daß sie gab, was sie hatte — als eine Selbsterlöschung. Man sah ihr an, daß sie das Geben beglückte; sie hatte sicher nicht das Gefühl, etwas besonders Gutes oder Ruhmverdienendes zu tun. Die Erinnerung an diesen Vorgang wurde in mir wachgerufen, als sich bei einer anderen Gelegenheit der zur Schau getragene Patriotismus und anderer Leute als Talmare entblühte. Es wäre töricht, vermeintlichen zu wachen, daß manche Zivildienstgefangenen in dieser Zeit verfaßt haben. Manche Bürgermeister, jüdische Beamte, Politizien, Geistliche und andere Amtspersonen liehen die ihnen anvertrauten Interessen im Stich, wenn es die: „Die Russen kommen!“ Diese Leute dachten nur daran, ihre eigene Person in Sicherheit zu bringen, das Schicksal der Bevölkerung kümmerte sie nicht. Sie flüchteten, während andere ihr Blut, ihr Leben einsetzten, ihre Familie, Hab und Gut verließen. Die Erwartung, daß die Angehörigen und die Eigentum von den besoldeten Verwaltern öffentlicher Interessen nach Möglichkeit geschützt würden, hat sich in manchen Fällen nicht erfüllt. Mag auch die Zahl solcher Pflichtvergessener im Vergleich zu denen, die treu und tapfer auf ihrem Posten ausblieben, gewiß recht gering sein, so ist sie doch noch groß genug, um von einer bedauerlichen Erscheinung sprechen zu können. Erfreulicherweise geht man in einzelnen Orten gegen Pflichtvergessene nunmehr disziplinarisch vor. So ist in Jüterburg beschlossene worden, zwei Beamte der städtischen Werke zu bestrafen, die ihre Posten verlassen hatten, noch ehe die Russen eingezogen waren. Eine Explosion im Elektrizitätswerk, die die Gefahr der Einschüderung der ganzen Stadt und die Tötung einer Anzahl Bürger durch die Russen nach sich zog, war die Folge der feigen Tat. Auch der Bürgermeister war geflohen; ihn hat das Stadtverordnetenkollegium jetzt pensioniert — eine noch recht milde Strafe. Auch eine Anzahl Geschäftsleute erwies sich als wenig patriotisch und opferwillig. Einige rühten aus, liehen aber ihr Personal zurück; andere nutzten die gute Gelegenheit zu Extraprofiten aus, sie schraubten die Preise in die Höhe und bewachten die zu ihrem Schutze berufenen armen Soldaten und die einheimische Bevölkerung. Vergleichen konnte man übrigens noch an mehreren anderen Orten beobachten.

Vereinigung Südalbanens mit Griechenland.

Wien, 9. November. (W. Z. B.) Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Saloniki: Der Präsident der autonomen Regierung von Epirus, Zographos, hat eine Proklamation an das epirotische Volk gerichtet, in welcher er die Vereinigung von Epirus mit Griechenland bekanntgibt. Die Grenze gegen Albanien ist mit griechischen Posten besetzt.

Kriegsberichterstattungen.

Die Zivilgefangenen.

Berlin, 9. November. (W. Z. B.) Amtlich. Am 22. September d. J. ist durch Beschluß des schweizerischen Bundesrats ein Bureau für die Heimführung internierter Zivilpersonen in der Schweiz geschaffen worden, das sich mit dem Rücktransport der in den benachbarten Ländern zurückgehaltenen Privatpersonen, Kinder, Weibliche, nicht wehrfähige Leute) durch die Schweiz hindurch befaßt, sofern die Internierten den der Schweiz benachbarten Ländern angehören. Bis jetzt beantragten nur Deutschland und Frankreich die Dienste des Bureaus; es kommen also nur Deutsche, die in Frankreich, und Franzosen, die in Deutschland interniert sind, für einen solchen Rücktransport in Frage.

Das Bureau übernimmt es auch, offene Briefe, die mit Adressenangabe an internierte Zivilpersonen gerichtet werden, weiter zu leiten. Dagegen befaßt es sich nicht mit der Abbermittlung von Geldsendungen an solche Personen.

Verbot des Goldankaufs.

Amtlich. Berlin, 10. November. (W. Z. B.) Das Oberkommando in den Marken teilt mit: In einer Zeit, in der es Pflicht eines jeden Deutschen ist, sein Gold zur Reichsbank zu tragen, haben sich hier Leute gefunden, die das Gold zu sammeln und aufzukaufen suchen, um es in das Ausland zu verbringen. Da ihre Bemühungen bei den Banken und deren Angestellten keinen Erfolg hatten, wenden sie sich jetzt an das Publikum, namentlich in Gastwirtschaften und auf den Postämtern, um gegen ein geringes Aufgeld Gold für andere Geldsorten einzutauschen.

Derartige Machenschaften, Gold einzusammeln und aufzukaufen zu dem Zweck, es in das Ausland zu verbringen, sind in gegenwärtiger Zeit verwerflich. Von der Vaterlandsliebe der Bevölkerung muß erwartet werden, daß sie das ihrige dazu beitragen wird, solchen Elementen das Handwerk zu legen, indem sie diese Agenten des Auslandes auf der Stelle der Polizei übergeben.

Politische Uebersicht.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Die nächste Sitzung des Reichstags ist vom Präsidenten nunmehr auf Mittwoch, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, angesetzt worden. Wie es in der den Abgeordneten zugegangenen Benachrichtigung heißt, sollen die Gegenstände der Beratung demnächst mitgeteilt werden.

Das Generalkommando und die Wahlen in Essen.

In Essen hatte das Zentrum aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, einem Wahlabkommen beizutreten, das auf der Grundlage des bisherigen Besitzstandes der Parteien einen Wahlkampf um die Stadtverordnetenmandate unmöglich machte. Unsere Partei ließ keinen Zweifel darüber, daß sie, sachlich aber entschieden, der Bürgerlichkeit Klärung über die Störer des Burgfriedens geben werde. Diese Absicht wurde unmöglich gemacht durch ein Verbot des Polizeipräsidenten, das Zeitungspolemik über die Wahl verbot. Eine Beschwerde beim Generalkommando brachte eine Verstärkung des Verbots und die Ausdehnung auf Flugblätter und Versammlungen. Zugleich aber erlaubte das Generalkommando die Forderung der Sozialdemokratie nach Aufrechterhaltung des status quo als nicht unbillig an und erklärte, das Verhalten des Zentrums sei nicht zu billigen. Ohne daß unsere Partei darum gebeten hätte, ließ das Generalkommando neue Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien anbahnen, die den Erfolg hatten, daß nun das Zentrum auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie verzichtete. Das in Frage stehende Mandat verbleibt uns somit.

Der Abschluß des Erfurter Reservisten-Prozesses.

Im Juni d. J. löste das Urteil des Erfurter Kriegsgerichts, das sieben Arbeiter aus Volkstramshausen bei Erfurt zu insgesamt 16 Jahren Zuchthaus, 12 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte, im ganzen Reich großes Aufsehen aus. In Volkstramshausen fand am 16. April eine Kontrollversammlung statt. Im Laufe des Tages kam es dann im Gasthause in der Alkoholfestimmung zu Kadaverzügen und zu Zusammenstößen. Die Folge davon war, daß sich am 27. Juni sieben Angeklagte wegen Zusammenrottung, militärischen Aufruhrs, tätlicher Beleidigung, öffentlicher Beleidigung sowie wegen Mißhandlung eines Gendarmen und eines Dorfpolizisten vor dem Kriegsgericht zu verantworten hatten, da sie am Tage der Kontrollversammlung unter den Militärgefangenen standen. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen die Angeklagten im ganzen 43 Jahre Zuchthaus. Verurteilt wurde ein Angeklagter zu 5 1/2, einer zu 5 1/4, einer zu 5 Jahren 2 Monaten Zuchthaus, einer zu 5 1/2, einer zu 5 1/4, einer zu einem Jahre und einer zu sieben Monaten Gefängnis. Neben den Zuchthausstrafen wurde auf Entfernung aus dem Heere und neben den Gefängnisstrafen auf Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt. Das hatte Urteil wurde bereits am anderen Tage im Reichstage zur Sprache gebracht mit dem Erfolg, daß bereits am 30. Juni ein Kompromißantrag aller Parteien auf Abänderung des § 110 des Militärstrafgesetzbuchs durch Einfügung einer für mildere Fälle zureichenden Bestimmung in drei aufeinander folgenden Lesungen einstimmig angenommen wurde. Die Verurteilungsvorhandlung vor dem Oberkriegsgericht in Erfurt am 4. September 1913 konnte diese Abänderung bereits ihrem Urteil zu Grunde legen und kam darauf zu mildernden Strafen. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt in der Höhe von 4 Monaten bis zu 2 Jahren und 1 Monat. Nach einer Meldung der „Magdeburger Zeitung“ wurden jetzt die letzten vier der damals Verurteilten, nachdem sie 1 1/2 Jahre im Militärgefängnis zu Spandau zugebracht haben, freigelassen.

Dr. Köhde als Reichstagskandidat.

Die beiden Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, Dr. Köhde und Friedrich Hahn, sind bei den letzten Wahlen zum Reichstag unterlegen. Der Bund machen nun den Versuch, Herrn Dr. Köhde wieder in den Reichstag zu bringen, was für sie um so mehr von Bedeutung ist, als nach dem Krieg die Postaristokratie einlegen werden. Im Wahlkreis Garmisch-Partenkirchen hat durch den Tod des konservativen Abgeordneten Ritter eine Ersatzwahl zum Reichstag stattzufinden, und wie der „Deutsche Kurier“ erfährt, gedenken die Konservativen Herrn Dr. Köhde dort aufzustellen. Bei den letzten Wahlen entfielen in diesem Kreise auf die Konservativen 12 148, Polen 7052, Nationalliberale 5184, Sozialdemokratie 2754 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann der Konservative mit 16917 gegen 8406 polnische Stimmen. Einmal war dieser Kreis auch schon in den Händen der Liberalen. Herr Dr. Köhde hat Erfahrung in Wahlkämpfen. 1893 kandidierte er in Waldeck, unterlag aber; dasselbe Schicksal hatte er 1895 bei einer Nachwahl in Eisenach, 1898 gelang es ihm, in Kaiserslautern gewählt zu werden, unterlag aber in diesem Wahlkreise 1903 wieder, wurde 1907 dort wiedergewählt und kamte 1912 wieder in Kaiserslautern nach in Pflon, wo man ihn der Vorsicht halber auch aufgestellt hatte, den Sieg erringen.

Die Schwarzburg-Rudolstädter Regierung zur Sozialdemokratie.

In Wildenspring (Schwarzburg-Rudolstadt) war mehrere Male ein Genosse als Schultheißenstellvertreter gewählt worden, dem aber der zuständige Landrat die Bestätigung verweigerte mit der Begründung, daß Sozialdemokraten prinzipiell nicht bestätigt würden. Auf eingeleitete Beschwerde machte sich auch die Staatsregierung diese Anschauung zu eigen. Jetzt scheint aber die Regierung ihre Auffassung revidiert zu haben. In einer nochmaligen Gemeindeversammlung, der als Vertreter der Regierung der Geheimrat Staatsrat Werner beizuhören, besaßte man sich wiederum mit dieser Angelegenheit. Das Resultat war, daß unser Genosse Otto Fischer als Vize-Schulze gewählt wurde. Die Regierung wird ihm diesmal die Bestätigung nicht versagen.

Die Russen in Ostpreußen.

Generalmajor z. D. Freiherr v. Heil schreibt in der „Döpreußischen Zeitung“, über das Auftreten der Russen in Ostpreußen habe er sich ein unparteiisches Urteil bilden können, da er die ganze Zeit der russischen Okkupation von Ostpreußen nicht von seinem Gut bei Ragnit gelassen sei. Er als alter General habe eine achtungsvolle Behandlung erfahren. Es wäre manche Brandstiftung, Plünderung und grausame Mordtat vermieden, wenn die Abwanderung nicht erfolgt, die verlassenen Gehöfte bewohnt gewesen wären und man dem Feinde mit ruhiger Gewißheit entgegengetreten wäre. Nach seinen Erfahrungen, denen sich eingehende Prüfung an den verschiedenen Stellen als Beweismaterial anreihete, sei das Motiv der meisten russischen Greuelthaten in einer Furcht der russischen Truppen vor der deutschen Einwohnerschaft zu suchen, die durch künstlich erzeugte Stimmung von den feindlichen Behörden und Popen absichtlich hervorgerufen sei. Habe doch der russische Pöbel in Lützi bei einem öffentlichen Gottesdienste erklärt, alle Gefangenen würden erschossen oder durch Hängen in Deutschland umgebracht. Gätten russische Truppen in den verlassenen Dörfern keine oder nur wenige Bewohner angetroffen, so hätten sie sich ihre notwendigen Lebensbedürfnisse selbst aus den verlassenen Häusern suchen müssen. Natürlich sei bei dieser Gelegenheit höchst brutal verfahren und gar manche boshafte Zerstörung vorgenommen worden.

Die Furcht der Russen vor der Bevölkerung sei so weit gegangen, daß sie im allgemeinen niemals eine Nacht in den Gehöften zugebracht hätten, selbst höhere Stände hätten in den Gasthäusern geessen, jedoch außerhalb der Gehöfte bei den Rannschaften bivouakiert. Auch hätten sie die ihnen von der Bevölkerung gereichten Lebensmittel erst genossen, nachdem der Spender vor ihren Augen gekostet hätte. Wo man mit Takt und doch mit der nötigen Energie den Russen entgegengetreten wäre, ihr Mißtrauen zu beruhigen versucht und alles vermieden hätte, was ihrem Argwohn hätte Nahrung geben können, da hätten sie sehr bald das Gehöft verlassen, ohne Schaden angerichtet zu haben. Man hätte sich auch die Wegführung von Pferden und Vieh ruhig gefallen lassen, alle Bedürfnisse für Mann und Pferd unverzüglich hergeben müssen. Eiliges Fortlaufen aus dem Orte bei der Annäherung der feindlichen Truppen, schnelles Verschwinden von Reitern und Radfahrern in den Gehöften hätte ihr Mißtrauen erregt und meistens traurige Folgen gehabt. Wenn man in dieser Weise die eigenen Leute belehrt und für Fortschaffung aller das Mißtrauen des Gegners erregenden Gegenstände gesorgt hätte, so würde manches Unglück vermieden worden sein. . . .

Leider ergriffen in Ostpreußen in vielen Orten diejenigen zuerst die Flucht, die Einfluß auf die Bevölkerung hatten.

Kriegsvorlagen in Neuh. a. L.

Dem Landtag für Neuh. a. L. ist eine Vorlage zugegangen, wonach die Landesregierung den Landgemeinden Darlehen zu 4 Proz. zu Familienunterstützungen gewähren will. Es sind hierfür zunächst 300 000 M. bereitgestellt. Für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung und für Kostendarlehen sind weitere 300 000 M. als Darlehen bereitgestellt.

Rückkehr Deutscher nach Belgien.

Wolffs Bureau teilt amtlich mit: Die Rückkehr mittel- loser deutscher Flüchtlinge nach Belgien ist einwilligen in deren eigenem Interesse noch nicht erwünscht. Anträgen dieser Personen auf Gewährung freier Eisenbahnfahrten nach Belgien kann daher nicht entsprochen werden. Wer dahin zurückkehren will, muß dies bis auf weiteres auf eigene Gefahr und Kosten unternehmen.

Kommunale Kriegsfürsorge.

Die Stadtverordnetenversammlung in Mainz beschloß die Erweiterung der Bestimmungen über die Kriegsfürsorge. Den zum Kriegsdienst eingetretene städtischen Arbeitern und Angestellten wird der Lohn bezahlt, das Gehalt für 14 Tage weitergezahlt. Nicht erhalten die Frauen der Eingezogenen die Hälfte des Lohnes bezw. Gehalts der Männer. Bei Vorhandensein von Kindern erhöht sich diese Unterstützung bis auf 80 Proz. Die staatliche Unterstützung kommt auf diese Beträge zum Teil in Anrechnung. Weiter beschloßen die Stadtverordneten, den Tageslohn der nicht ständigen Arbeiter von 3,30 M. auf 3,60 M. zu erhöhen.

Keine Handelskammerberichte für 1914.

Der preussische Handelsminister hat einen Erlaß an die Handelskammern gerichtet, in dem er die Handelsvertretungen in Anbetracht der vorhandenen Schwierigkeiten von der Berichterstattung für das Jahr 1914 entbindet. Dagegen hält er es für geboten, daß die Handelskammern nach Beendigung des Krieges eine Gesamtdarstellung des wirtschaftlichen Lebens in Handel und Gewerbe während des Krieges geben.

Ein hartes Urteil.

Schwere Folgen hat für zwei junge Pflanzlinge eine Piereise gehabt. Am 15. August waren die Pflanzlinge Grimm und Schimurra aus Anlaß der Amnestie begnadigt und aus dem Spandauer Festungsgefängnis entlassen worden, damit sie mit ins Feld ziehen konnten. Grimm lud dann Schimurra und den Pflanzling Urbassé zu einer Piereise ein. Die drei jungen Leute sprachen dem Alkohol in recht erheblichem Maße zu, und erst in der zehnten Abendstunde machten sie sich auf den Weg zur Kaserne. Bei ihrem Zustand wagten sie sich jedoch nicht in die Garnison zurück, sondern sie legten sich im Graben der Berlin-Potsdamer Chaussee nieder, um den Rausch auszuschlafen. Die nächste Bahnhofswache wurde durch Zivilisten auf die drei schlafenden Pflanzlinge aufmerksam gemacht. Ein Offizier mit mehreren Mann machte sich dann auf den Weg, um die nächtlichen Schläfer von der Chaussee fortzubringen. Mit Gewalt mußten die Leute wachgerüttelt werden. Während sich nun U. vernünftig benahm und den Anordnungen des Offiziers Folge leistete, widersetzten sich die beiden anderen Angeklagten. Sie befolgten nicht die wiederholte an sie gerichtete Aufforderung, sich ruhig zu verhalten und nicht zu ränzonieren, und Grimm ließ sich auch dem Offizier gegenüber zu beleidigenden Äußerungen hinreißen. Er riß sich auch von den ihn transportierenden Soldaten los und verlegte einem begleitenden Sanitätshelfer einen Stoß vor die Brust. Durch den Stoß mußten die beiden gewarnt werden, nicht auszurücken, da sonst scharf auf sie geschossen werde. G. nahm dann einen Gegenstand in die Hand, den einer der Begleiter für ein Messer hielt. G. steckte es dann wieder ein, doch wurde es ihm abgenommen. Die Seitengewehre hatte man den Exzessanten bereits vorher fortgenommen. Als die beiden dann von der Bahnhofswache zur Arrestanstalt gebracht wurden, verhielten sie sich auf die Warnung des Transporteurs, daß bei einem Fluchtversuch sofort geschossen würde, ruhig und gingen vernünftig mit. Das Kriegsgericht hatte den Angeklagten Grimm wegen der Ausschreitungen, die sich als Achtungsverletzung, Widersehung, Beharren im Ungehorsam usw. dokumentierten, zu insgesamt zehn Jahren Gefängnis verurteilt. G. erhielt ein Jahr sieben Monate Gefängnis. Auf die Berufung des G. hin ermächtigte das Oberkriegsgericht des III. Armeekorps die Strafe auf fünf Jahre und sieben Monate Gefängnis. G. wurde ebenso wie in der Vorinstanz zu einem Jahre und sieben Monaten Gefängnis verurteilt, während U. wegen unerlaubter Entfernung mit Arrest davonkam.

Erledigtes Reichstagsmandat.

Der bisherige Oberregierungsrat bei der Generaldirektion der Pölle, der Reichstags- und Landtagsabgeordneter Sped., wurde zum Regierungsdirektor bei der Generaldirektion der Pölle befördert. Infolge der Beförderung verliert Sped. seine Mandate. Er vertrat bisher den Landtags- und Reichstagswahlkreis Eichstätt.

Letzte Nachrichten.

Der Verwendung der französischen Reserven.

Amsterdam, 10. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der sozialistische Deputierte Lauche erhielt auf eine Anfrage bei dem Minister Millerand wegen der Einberufung sämtlicher Jahrgänge der Territorialarmee in den okkupierten oder von der Invasion bedrohten Gegenden die Antwort, daß diese Maßregel nur eine zeitweilige sei und bezwecke, diese Leute dem Feinde vorzuenthalten, nicht aber, sie militärisch zu verwenden; tatsächlich seien sie teilweise schon wieder heimgefunden worden. Allerdings würden die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung wahrscheinlich eine allmähliche Einberufung der territorialen Truppen in ganz Frankreich, sicherlich aber die der Infanterie einschließlich des Jahrgangs 1887, erfordern.

Die schweren Kämpfe in Flandern.

Amsterdam, 10. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) „Telegraaf“ charakterisiert in einem Artikel die opferreichen belgischen Kämpfe. Mittel-, West- und Ostflandern würden dadurch zum Hospital, Südflandern zum Kirchhof gemacht. Die Deutschen legen überall starke Verteidigungslinien und sprengen verschiedene Brücken. Die Verbindung zwischen Seefeldern und dem übrigen Belgien ist unterbrochen. Am Freitag wurde in Plankenberge von einem Flieger der Verbündeten eine Bombe herabgeworfen, wodurch zwei Bürger verwundet wurden.

Der „Telegraaf“ demütiert ferner entschieden die von der Pariser Presse noch aufgebauchten Meldungen über deutsche Massendefektionen.

Beförderung eines sozialistischen Offiziers in Frankreich.

Amsterdam, 10. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Hauptmann Gérard, der unter dem Pseudonym Commandant Rossel langjähriger Mitarbeiter der „Humanité“ war, sowie an der Abfassung des Jaurès'schen Buches „Armée Nouvelle“ mitarbeitete, avancierte nach zweimonatiger erfolgreicher Vataillonsführung, wobei er dreimal verwundet wurde, zum Major.

Ausbreitung des Burenaufstandes.

Amsterdam, 10. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus Prätoria wird offiziell berichtet, daß Dewet mit 2000 Anhängern bei Doorenberg am Zandflus ein englisches Kommando unter der Führung von Cronje nach einem anfänglichen Mißerfolg erneut angegriffen und zersprengt habe, wobei die von Cronje bereits gefangen genommenen Truppen Dewets wieder befreit und ein Wagencar erobert wurde. In diesem Kampf ist auch ein Sohn Dewets gefallen.

Wie aus offiziellen Berichten hervorgeht, breitet sich der Aufstand im Dranjefreistaat immer mehr aus. Beyers operiert in Nordoranj, Dewet im Osten, Kemp im Nordwesten und das Parlamentsmitglied in Transvaal Piet Grobler in Westtransvaal, Christian Müller in Osttransvaal. Das offizielle Communiqué schildert die Lage in Südafrika sehr optimistisch.

Abreiseerlaubnis für Engländer.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Frauen, Mädchen und Kindern unter 17 Jahren sowie Männern über 55 Jahren und außerdem Geistlichen und Ärzten englischer Nationalität nach wie vor die Abreise gestattet ist. Dabei wird bemerkt, daß vorläufig voraussichtlich bis zum 20. dieses Monats, nach die Einzelfälle mit jedem beliebigen Zuge erfolgen kann; von diesem Zeitpunkt ab wird die Rückbeförderung der oben bezeichneten Angehörigen englischer Nationalität nur in Sammeltransporten, und zwar in längeren Zeitabschnitten stattfinden können.

Heute Mittwoch, den 11. November: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 73 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: 26. Inf.-Inf.-Brig., Stab; 1. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Alexander; 3. Garde-Reg.; Garde-Jäger-Bat.; Gren.-Reg. Nr. 1; Inf.-Reg. Nr. 3; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4; Gren.-Reg. Nr. 5; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 6; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 6; Leib.-Gren.-Reg. Nr. 8; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 9; Inf.-Reg. Nr. 10; Gren.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 11; Inf.-Reg. Nr. 13; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 17; Inf.-Reg. Nr. 19; Inf.-Reg. Nr. 20; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 20; Inf.-Reg. Nr. 21; Inf. u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 23; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 24; Inf. u. Inf.-Reg. Nr. 26; Inf.-Regiment Nr. 28, 29, 30; Inf.-Reg. Nr. 30; Inf.-Reg. Nr. 31; Inf.-Regiment Nr. 33, 34; Inf.-Reg. Nr. 34; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 34; Inf.-Reg. Nr. 48, 49; Inf.-Reg. Nr. 51; Inf.-Reg. Nr. 54; Inf.-Reg. Nr. 55; Inf.-Regiment Nr. 59, 60, 66, 69; Inf.-Regiment Nr. 69, 72; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 72; Inf. u. Inf.-Reg. Nr. 73; Inf.-Reg. Nr. 74; Inf.-Reg. Nr. 75; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 76; Inf.-Reg. Nr. 77; Inf.-Reg. Nr. 78; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 80; Inf.-Reg. Nr. 85; Inf.-Reg. Nr. 88; Inf. u. Inf.-Reg. Nr. 88; Gren.-Reg. Nr. 89; Inf.-Reg. Nr. 90; Inf.-Reg. Nr. 92; Inf.-Reg. Nr. 93; Inf.-Regiment Nr. 118, 128; Inf.-Reg. Nr. 130; Inf.-Regiment Nr. 131, 132, 133, 137, 144, 148, 151, 154, 155, 158, 159, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 169, 170, 172, 173, 174, 175; Landw.-Bataillone Gartenstein, Feutchen Ob.-Schl.; 11 Kavallerie-Regiment Nr. 2; 1. Jäger-Bataillone Nr. 5; Jäger-Bataillone Nr. 10, 14; Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1, 2, 4; Inf.-Maschinengewehr-Abt. Nr. 5; Inf.-Befestigungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 2; Inf.-Regiment Nr. 4, 8; Drag.-Reg. Nr. 2; Gren.-Reg. zu Pferde Nr. 3; Inf.-Drag.-Reg. Nr. 3; Drag.-Regiment Nr. 7, 14, 15, 18, 24; Inf.-Fus.-Reg. Nr. 1; Inf.-Regiment Nr. 3, 4, 11, 12; Inf.-Mann-Regiment Nr. 5, 9; 2. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regiment Nr. 6, 9, 10; Inf.-Feldart.-Regiment Nr. 12, 13; Feldart.-Regiment Nr. 14, 15; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 16; Feldart. u. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 17; Feldart. u. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 18; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 19; Feldart. u. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 20; Feldart.-Reg. Nr. 21; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 22; Feldart.-Regiment Nr. 24, 28; Inf.-Feldart.-Regiment Nr. 1, 6, 7, 8; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 8; Garde-Pion.-Bat.; Pion.-Versuchs-Komp.; 1. Pion.-Bataillone Nr. 2, 4; Pion.-Ers.-Bat. Nr. 4; 2. Pion.-Bat. Nr. 7; Pion.-Bataillone Nr. 8, 17, 19, 20; Pion.-Ers.-Bat. Nr. 2; Pion.-Abteilung Nr. 2.

Die bayerische Verlustliste Nr. 46 bringt Verluste des 20. Inf.-Reg. Lindau und des Brig.-Ers.-Bat. Nr. 2 München und Pöfing. Die sächsische Verlustliste Nr. 51 enthält Verluste des Brig.-Ers.-Bat. Nr. 47, des Gren.-Reg. Nr. 101, Inf. u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101, Inf.-Reg. Nr. 102; Inf.-Reg. Nr. 100; Inf. u. Inf.-Reg. Nr. 104; Inf.-Reg. Nr. 107; der Inf.-Regiment Nr. 133, 139, 178, 181, 182 und des Inf.-Jäger-Bat. Nr. 12; ferner des Garde-Reiter-Reg.; des Mann-Reg. Nr. 17; Inf.-Reg. Nr. 19; des Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 23; der Feldart.-Regiment Nr. 48, 68; des Pion.-Bat. Nr. 22 und der Pionier-Abt. der 8. Kavallerie-Division. Die württembergische Verlustliste Nr. 54 bringt Verluste des Inf.-Reg. Nr. 120; des Inf.-Reg. Nr. 122; des Drag.-Reg. Nr. 26 und des Mann-Reg. Nr. 20.

Aus Groß-Berlin. Im Café.

Der Krieg wertet Begriffe und Vorurteile um. Wir haben es in den letzten Wochen erlebt und können es täglich feststellen. Die Schützengräben sollen egoistisch wirken auf Stände und Klassen. Das können wir hier in Berlin, die wir weit weg vom Schuss sind, vorläufig weniger gut beurteilen. Aber auf der Straße, im Lokal, in den Elektrischen und sonstwo kann man beobachten, wie die norddeutsche steif- und konstante Kostenscheidung einen Stoß — wenn auch nur vorübergehend — erlitten hat. Man rückt nicht mehr ab von schweißigen Händen und erträgt sogar Schweißgeruch, ganz ordinären Schweißgeruch. Sofern er aus einer Feldgrauen Uniform dringt. Er ist salzförmig geworden. Und der Träger der Uniform hat überall Zutritt. Ja, es ist eine köstliche Zeit! Kürzlich kam ein Soldat in ein „feudales“ Café. Ein einfacher Soldat und ohne jede Auszeichnung. Seine gebräunten Wangen zierte ein wilder Kriegerbart, seine Nonnenhaar war hart mitgenommen und die Füße steckten in plumpen, rauhschledernen Schaffstiefeln, an denen noch russische oder belarussische Erde kleben mochte. Er trat herein und sah einen Augenblick wie gebendet in die strahlende Beleuchtung. Nur einen Augenblick, dann legte er sich mit ruhiger Selbstverständlichkeit an einen freien kleinen Marmortisch. Er redete seine stämmigen Glieder wohl in dem bequemen Korbsessel und seine Füße sanken sanft in den dicken, weichen Räufer. Um Ringsum das bekannte Cafépublikum. Junge Gents im Kutawas mit weißen Camaschen über den Schultern, die Zigarette im schlaffen Mundwinkel, Damen, mit kunstvollem, verächtlich reichem Haarschopf, in eine Wolke von Parfum eingehüllt, dann alte, würdige Herren in Begleitung von jugendlichen Nichten, einfame Damen, schwarz an der Grenze zum „gefährlichen Alter“, ehrwürdige Ehepaare und dergleichen mehr. Aber alles ist gut in Klust, todschid, fabelhaft vornehm. Auch die Kellner, die in tabellos weicher Wäsche und im knappen Schwabenschwanz sich alsagalt zwischen Stühlen hindurchwandern. Und mitten drin der Soldat. In Feldgrau. Rognand mehrte ihm. Er bestellte seinen Kaffee und der Kellner eilte fort, um bald wiederkommen, als wärz der vornehmste Gast, den er bediente. Der Soldat nahm in aller Gemütlichkeit eine kurze Pfeife heraus, stopfte sie frisch mit Tabak und begann zu rauchen. Niemand sagte etwas. Aber jeder sah zu ihm hin. Nicht böse, nein halb neugierig, halb in heiliger Scheu. Denn die linke Hand war verbunden und an der Schulter sah man ein kunstlos angenähtes Loch und an der Schulter sah man ein kunstlos angenähtes Loch im Rock, das sehr wohl von einem Granatplitter herrühren konnte. Jetzt kam sogar der Geschäftsführer heran und unter-

hielt sich wohlwollend mit dem Krieger, bis die Musik wieder einsetzte und ein patriotisches Lied durch den Raum brauste. Na, so ändern sich die Zeiten und die Wirte. Es gibt eine Reihe Fälle, in denen Wirte Arbeitern den Zutritt verweigerten, weil das Lokal ein besseres sei und weil die Gäste Anstoß nehmen würden, wenn Arbeiter zugelassen werden. Und kürzlich ist in einem starkbesuchten Café im Westen elegant gekleideten Herren das Rauchen einer Pfeife, und einer älteren Dame, die am Hofe der Kaiserin Friedrich verkehrt hat, wie nachträglich bekannt wurde, in demselben Café das Stricken von Soldatenstrümpfen untersagt worden. Die Gäste hätten sich an dem Wollgeruch gestochen, meinte der Inhaber bezüglich des letzteren Vorfalles. Aber einen Krieger in Feldgrau, mit rauhschledernen Schaffstiefeln und einer Klobenpfeife hinauszulassen, das würde wohl kein Wirt riskieren. Und das ist auch gut so!

Die Berliner Kakaostube vom Roten Kreuz, die im Hause Brunnenstr. 128 in der vorigen Woche eröffnet wurde, hat trotz eines lebhaften Zuspruchs gefunden. Unter ihren Gästen überwiegen zunächst noch die Kinder, aber auch Erwachsene finden sich in zunehmender Zahl ein, Männer und besonders Frauen. Die Kakaostube ist untergebracht in einem geräumigen Laden, der bei aller Schlichtheit seiner Ausstattung einen freundlichen Aufenthalt bietet. Die weißgeputzten Tische sind jedes mit einem Kopf blühenden Heidekraut geschmückt, einfacher Bildschmuck hängt an den Wänden. In dem „Schankraum“, der durch einen langen Anrichtentisch abgegrenzt ist, deuten die bühnenartige Kakaostube und übervolle Schrippenkörbe auf Massenbesuch hin. Mit dem angestellten Küchenpersonal teilen ehrenamtlich tätige Damen vom Roten Kreuz sich in die Arbeit. Der eintretende Gast erwirbt für 2 Pfennig eine Partie, gegen die ihm dann ein Vacher Kaffee von etwa ein Fünftel Liter und eine Schrippe eingehändigt wird. Gegenüber dem geringen Preis überrascht die Güte des Getränks. Aber die tatsächlichen Kosten von Kaffee und Schrippe sind allerdings, was ohne weiteres einleuchtet, über doppelt so hoch. Die Kakaostube am Vormittag von 7—11 und am Nachmittag von 2 bis 5 Uhr. In den Nachmittagsstunden ist der Besuch am häufigsten, weil da die Kinder zahlreich kommen. Schon vor Eröffnung stehen sie wartend auf der Straße, und ähnlich bleibt der Zustand bis in die siebente Abendstunde. Draußen versucht ein Schuhmann durch ordnende Aufsicht sich nützlich zu machen. Drinnen sorgen gedruckte Wandanschläge und mündliche Ratschläge für die nötige Ordnung. „Leere Vöcher sind am Büfett abzugeben“, liest man da. Ein anderer Anschlag bittet, „den Raum nach dem Essen gleich zu verlassen“. Die Kinder betragen sich, wie die Leitung uns sagte, anständig und geistlich. Daß ein Geschwätz, wie wenn wir in einem Bienenkorb wären, den Raum erfüllt, läßt sich denken. Man wünscht und hofft, daß der Besuch auch von Erwachsenen sich noch weiter steigern möge. Gerade auf die Erwachsenen wird bei diesem Unternehmen gerechnet.

Die Beratung des Armenrats in der Armenverwaltung haben unsere Genossen benutzt, um eine Reihe von Beschwerden über Maßnahmen vorzutragen, die die Verwaltung in der letzten Zeit getroffen hatte. Namentlich wiesen sie darauf hin, daß die Klagen, wonach unterstützungsbedürftige Personen von den Vorlesern abgewiesen würden, sich sehr häuften und daß hiergegen energisch eingeschritten werden müsse; die Bedürftigen hätten unter solchen Eigenmächtigkeiten schwer zu leiden. Ferner seien die Gründe für eventuelle Ablehnungen von Unterstützungen in den Akten und Monatsberichten anzugeben. Wenn auch anzuerkennen sei, daß die Herren zum Teil mit Arbeit überladen wären, müßte doch darauf gehalten werden, daß die Vorleser sich der schweren Zeit gewachsen zeigen. Herr Stadtrat Döflein gab zu, daß einzelne Fälle vorkämen, in denen die Vorleser nicht ihrer Pflicht genügten; er dränge in solchen Fällen aber energisch auf Abhilfe. Weiter brachten unsere Genossen zur Sprache, daß mit der Entsendung von Kindern in Heim- und Heilstätten bei Beginn des Krieges aufgehört worden sei. Nur in ganz schweren Fällen — Tuberkulose — wären noch Kinder fortgeschickt worden. Die Armenverwaltung habe von dieser Maßnahme keine Kenntnis erhalten; ein derartiges Verfahren bringe für einen größeren Teil der ärmeren Bevölkerung schweren Schaden an der Gesundheit mit sich. Die im Etat vorgesehenen 250 000 M. seien keineswegs verbraucht, es hätte daher eine derartige Verfügung vom Magistrat nicht erlassen werden dürfen, ohne der Stadtratsbesitzung und der Armenverwaltung hiervon Kenntnis zu geben. Stadtrat Stragmann und Stadtrat Döflein erklärten hierzu, daß ja auch die Krankenkassen Einschränkungen in der Wohlfahrtspflege vorgenommen hätten und daß in dieser schweren Zeit viele Frauen sich nicht von ihren kranken Kindern trennen müßten. Demgegenüber wurde auch von bürgerlichen Mitgliedern betont, daß die Stadt Berlin derartige Maßnahmen nicht treffen dürfe; auf alle Fälle aber sei zu fordern, daß die Direktion von solchen schweren Eingriffen Kenntnis erhalte. Der von unseren Genossen gestellte Antrag: Die Armenverwaltung ersucht den Magistrat, baldigt die Genehmigung zu erteilen, damit die Entsendung von Kindern in Heim- und Heilstätten unter den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen werden könne, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Armenverwaltungsanstalt fordert infolge der erhöhten Preise für Hülfsstoffe und andere Lebensmittel einen erhöhten Zuschuß von 60 000 M. Die Speisung soll am 1. Dezember beginnen und bis 31. März fortgesetzt werden. Es wird mit 8—900 000 Portionen gerechnet. Beschlossen wurde, den Betrag beim Magistrat zu beantragen. Bei der Festsetzung des Etats wurde betont, daß bisher in diesem Jahre ganz erhebliche Mittel für Extraintersubventionen gebraucht worden seien. Infolge der ganz unzureichenden Arbeitslosenunterstützungen seien viele Familien gezwungen, noch Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Namentlich in den Monaten August, September, Oktober, den Kriegsmoaten, sind die Ausgaben für Sonderunterstützungen zum Teil auf das Doppelte in einzelnen Kommissionen gestiegen. Im Monat September wurden 292 000 M. an Extraintersubventionen gezahlt, gegen 122 000 M. im vorigen Jahre. Wenn auch im letzten Monat infolge Rückganges der Arbeitslosigkeit eine Abnahme der Ausgaben eingetreten ist, wird doch mit einer erheblichen Staatsüberforderung zu rechnen sein. Für den Etat von 1915 lassen sich nur schwer feste Grundlagen schaffen; es wird von der Dauer des Krieges abhängen, welche Beträge namentlich für Extraintersubventionen gebraucht werden. Die Direktion beschloß, nach den Anträgen des Staatsausschusses die dauernd zu zahlenden Unterstützungen um 800 000 M. zu erhöhen und auf 8 Millionen festzusetzen. Für Pflegegeld wurden wieder 1 450 000 M. eingestellt. An Extraintersubventionen werden 200 000 M. mehr gefordert und 1 900 000 M. eingestellt. Für obige drei Posten wird also ein Mehr von 500 000 M., zusammen 11 350 000 M. gefordert.

Eine wesentliche Erhöhung erfahren noch die Erstattungen für auswärtige Gemeinden wofür 810 000 M. vorgeesehen wurden, ferner Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern, welche 643 000 M. erfordern und die Kassenleistungsanstalt, welche 90 000 M. erhalten soll. Die Einnahmen im Betrage von 1 887 000 M. setzen sich aus Erbschaften und Erstattungen von Angehörigen und auswärtigen Gemeinden zusammen. Der gesamte Etat weist eine Einnahme von 1 867 000 M. und eine Ausgabe von 14 510 500 M. vor. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 764 000 M. Bemert sei noch, daß die Ausgaben sich nur auf die offene Armenpflege beziehen. Für die Krankenanstalten, Asyl, Waisenspflege usw. werden besondere Etats aufgestellt.

Der Beschäftigungsgrad in der letzten Oktoberwoche. Aus dem toeben erschienenen 9. Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über den Beschäftigungsgrad ist eine Steigerung der Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 287 Krankenkassen Groß-Berlins von 1 000 716 am 24. auf 1 008 960 am 31. Oktober zu entnehmen. Die Entwicklung ist sonach durch eine Zunahme um 824 oder 0,82 Proz. bezeichnet. Beim weiblichen Geschlecht bezifferte sie sich auf 4897 oder 1,11 Proz. gegen 3347 oder 0,60 Proz. bei den Männern. Besonders tritt die lebhaftere Entwicklung des weiblichen Beschäftigungsgrades bei den 28 Allgemeinen Ortskrankenkassen hervor, wo sie sich auf 8696 oder 1,15 Proz. beläuft gegen 1072 oder 0,37 Proz. beim männlichen Geschlecht. Bei den gewerblich gegliederten Krankenkassen ergibt sich für beide Geschlechter eine Zunahme um 8392 oder 0,91 Proz., im einzelnen u. a. eine solche von 1665 oder 1,01 Proz. bei der Metall- und Maschinenindustrie, von 608 oder 1,77 Proz. beim Verkehr — hier wesentlich als Folge der Neuanschreibungen bei der Post. Die in dem Bericht des Statistischen Amtes gleichfalls berücksichtigten Anhschreibungen der freien Gewerkschaften zeigen eine Abnahme der Zahl der Arbeitslosen von 28 844 am 26. Oktober auf 26 588 am 2. November, d. i. um 2258 oder 7,83 Proz. Mit einer beachtenswerten Abnahme, nämlich um 1060 Arbeitslose, treten die Metallarbeiter hervor, bei den Holzarbeitern beläuft sie sich auf 490, im Buchdruckgewerbe auf 614, bei den Textilarbeitern auf 100, bei den Transportarbeitern auf 76, während einige Fachverbände des Baugewerbes die entgegengesetzte Entwicklung zeigen, so die Puzer und Stukkateure (+ 56), die Zimmerer (+ 50).

Für die Bürgerspeisehallen hat das Rote Kreuz, das nach Ausbruch des Krieges diese Anstalten einrichtete, die Stadt Berlin um Beihilfe gebeten. Es bestehen jetzt drei dieser für Bedürftige bestimmten Speisehallen, und die Gesamtzahl ihrer Besucher ist bis zu 12 000 an einem Tage. Das Rote Kreuz verkauft durch den Zentralarbeitsnachweis, durch die Gewerkschaften und auch in eigenen Ausgabestellen die Speisemarten für 10 Pf., muß aber selber die Portion sehr viel höher bezahlen, so daß ein beträchtlicher Zuschuß erforderlich ist. Um die Weiterführung des Unternehmens zu ermöglichen, hat nach Verhandlungen mit dem Rote Kreuz unter Hinzuziehung von Vertretern der Landesversicherungsanstalt und der Gewerkschaften der Magistrat beschlossen, künftig einen Zuschuß von 5 Pf. für jede in den Bürgerspeisehallen abgegebene Mittagsportion zu leisten, doch will er im ganzen nicht mehr als 12 000 Mark pro Monat dafür auswenden. Er bittet jetzt die Stadtverordneten um Genehmigung. Bedingung des Zuschusses soll sein, daß bei dem Markenverkauf die Bedürftigkeit kontrolliert wird durch Vorlegung der von den städtischen Unterstützungskommissionen, der Landesversicherungsanstalt Berlin oder den Gewerkschaften ausgegebenen Kontrollkarten oder Unterstützungsbogen. Die Besorgung vor einer mißbräuchlichen Ausnützung war der Grund, aus dem der Magistrat erst nach längeren Verhandlungen sich zur Gewährung dieser Beihilfe entschloß. Die Landesversicherungsanstalt hat, wie in der Begründung der Magistratsvorlage mitgeteilt wird, dem Rote Kreuz gleichfalls einen Zuschuß in Aussicht gestellt, 2 1/2 Pfennig pro Portion, doch nicht über 6000 M. pro Monat. Die Beihilfen von 12 000 M. und 6000 M., zusammen 18 000 M., würde einer Durchschnittszahl von täglich 8000 Portionen entsprechen. Zurzeit sollen etwa 10 000 Personen in den drei Anstalten gespeist werden, sagt die Begründung, die dabei wohl gleichfalls den Durchschnitt meint. Daß der Bedarf manchmal weit über den Durchschnitt hinausgeht, läßt eine uns zugegangene Beschwerde vermuten. Am letzten Freitag hatten bei der Bürgerspeisehalle am Moritzplatz viele Besucher die Enttäuschung, gar nichts zu erhalten. Nachdem sie lange in einer bis auf die Straße hinausreichenden Reihe gewartet hatten, sagte ihnen schließlich ein Ordner, es sei nichts mehr da. Auf entrüstete Jurufe soll er mit der Behauptung geantwortet haben, daß ja manchmal genug drübergeblieben sei. Wenn man danach etwa eine Einschränkung der Portionenzahl für ratsam gehalten hat, so hat sich jetzt gezeigt, daß eine solche Maßregel überflüssig war. Wenn der Winter eintritt und mit ihm sich auch die Arbeitslosigkeit verstärkt, wird auch das Bedürfnis nach billigen Speisegelegenheiten noch steigen.

Verbesserung der Schöneberger Arbeitslosenunterstützung. Die am Montag abgehaltene Stadtratsbesitzung beschloß, daß nunmehr die Auszahlung der Unterstützungen an die Hilfsbedürftigen wöchentlich vorgenommen werden soll. Ferner unterbreitete der Magistrat einen Antrag, wonach in Zukunft denjenigen Arbeitslosen, die von einer Berufsvereinigung Unterstützung beziehen, diese zur Hälfte auf die städtische Unterstützung angerechnet werden soll. Die Kosten der Berufsvereinigungen sollen die Beträge des städtischen Zuschusses auslegen und monatlich mit der Stadt abrechnen. Genosse Küter bedauerte, daß der Magistrat erst von oben gezwungen werden müßte, seinen früheren Beschluß — die ganze Unterstützung in Anrechnung zu bringen — abzuändern. Er verlangte, daß auch eine teilweise Anrechnung der Berufsunterstützungen unterbleiben solle. Die Begründung der Vorlage, daß die Stadt durch die Beschlässe des Provinziallandtages gezwungen sei, 50 Proz. der Gewerkschaftsunterstützung anzuerkennen, treffe nicht zu. Von der liberalen Mehrheit äußerte sich niemand zu den vorliegenden Anträgen. Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wurde dem Magistratsvorlage angenommen. Ein anderer sozialdemokratischer Antrag, als Notstandsarbeiten den Bau des geplanten Torbogens zu beginnen, wurde ebenfalls von den Liberalen abgelehnt, mit der Begründung, daß die Hof-

materialien um das Doppelte gestiegen, auch Arbeitskräfte jetzt nicht zu haben seien.

Genosse Mollenhuth wies darauf hin, daß Arbeitskräfte genügend vorhanden sind.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte außerdem noch zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht, in denen verlangt wurde, daß den Hilfsbedürftigen mehr Entgegenkommen gezeigt und die kirchlich beschlossene Näh- und Strickstube nicht zu Lohnrüdierungen benutzt werden solle.

Gegen die Verhandlung der Anträge erhoben die Liberalen Widerspruch, so daß erst eine spätere Sitzung sich damit beschäftigen kann.

Zum Schluß folgte eine geheime Sitzung.

Unzulässige Unterstützungszuziehung.

Recht eigenartig geht die IX. Unterstützungskommission in Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 89, gegen die Frau eines Kriegsteilnehmers vor. Diese erhielt eines Tags von der Kommission folgende Aufforderung:

„Wie wir erfahren, hatte Ihr Hauswirt die Freundlichkeit, Ihre Miete auf 18 M. monatlich herabzusetzen, jedoch erst vom September an. Wir ersuchen Sie nun dringend, die rückständige Miete für August und September und die Oktober-Miete zu zahlen, da sonst von Ihrer Kriegsunterstützung Abzüge für die Miete gemacht werden müssen. — Wir haben erfahren, daß Sie in der Lage sind, Ihre Miete zu begleichen.“

Dazu ist zu bemerken, daß die Frau monatlich 58 M. für sich und einen zwölfjährigen Knaben erhält. Davon zahlt 28 M. der Arbeitgeber des Mannes und die fehlenden 30 M. die Stadt Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun kürzlich beschlossen, daß in jedem Falle den Angehörigen der Kriegsteilnehmer zu der staatlichen Unterstützung ein Zuschuß von 100 Proz. aus städtischen Mitteln gegeben werden soll. Nach diesem Beschluß hat die Kommission nicht das Recht, von der Unterstützung Abzüge für Miete zu machen. Wir erwarten daher, daß der Magistrat so schnell als möglich die Kommission darüber befehligt, daß ihr Vorgehen unzulässig ist.

Familientragödie in Charlottenburg.

Im Hause Nießstraße 8 zu Charlottenburg hat die Frau des Kaufmanns Prüfer sich und ihre beiden Kinder mit Leuchtgas vergiftet. Der Ehemann ist dann auf die gleiche Weise seinen Angehörigen in den Tod gefolgt. Vermögensverfall infolge des Krieges soll den Grund der Verzweiflungstat bilden.

Zur Vorsicht beim Lesen der Verlustlisten

macht ein Fall, der sich am Dienstag zugetragen hat. Die vierundzwanzigjährige Kaiserin Antonie Degenhardt, Wabelsberger Straße 4, hatte am Montag die Verlustliste durchgesehen, da ihr Bräutigam im Felde steht. Wöllig entsetzt entdeckte sie den Namen des eigenen Vornamens und Heimortort genau angegeben und nach der amtlichen Liste wurde der junge Mann als gefallen gemeldet. Das Mädchen, das jeden Irrtum für ausgeschlossen hielt, beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Sie schloß sich in dem Badezimmer ihrer Wohnung ein, bekränzte den Namen, in dem sie ihr und ihres Verlobten Bild aufgestellt hatte, mit frischen Blumen und trank dann ihr Leben eine Lyfollösung. Nach einigen Stunden wurde das schwererkrankte junge Mädchen noch lebend aufgefunden. Sie wurde in das Schöneberger Krankenhaus gebracht, wo sie kurz nach ihrer Einlieferung starb. Besonders tragisch wird der Fall noch dadurch, daß die Schwester der Lebensmüden erfährt, daß der als gefallen gemeldete Infanterist nicht der Bräutigam ihrer Schwester sei, sondern daß es sich in diesem Falle um einen Ramensvetter des jungen Mannes, der ebenfalls aus Berlin stammte, handelte.

Eröffnung von Les- und Unterhaltungszimmern für Künstler und Schriftsteller.

Die „Kunsthalle Wilmersdorf“ eröffnete am 9. November in ihren Räumen Pariser Straße 45, 1. Stock, für die Dauer des Krieges Les- und Unterhaltungszimmer, zu denen Künstler und Künstlerinnen sowie Schriftsteller und Schriftstellerinnen werktäglich von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends freien Zutritt haben. Karten dafür werden unentgeltlich verabfolgt durch die Geschäftsstelle der Kunsthalle, Pariser Straße 45, 1. Stock, durch die Geschäftsstelle des „Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler“, Charlottenburg, Lutherstraße 48, und durch Herrn Bildhauer Dannhäuser in Berlin-Wilmersdorf, Liebenburger Straße 40.

Ein Straßenunfall ereignete sich in Charlottenburg am Luisenplatz. Dort fuhr der Fahrer des Triebwagens 2961 der Großen Berliner Straßenbahn in der Richtung Siemensstadt gegen den daselbst haltenden Triebwagen 1223 auf. Bei dem Zusammenstoß erlitt Herr Friedrich Seiling, der in dem Wagen 2961 saß, Verletzungen an Brust, Lungen und Wirbelgürtel und mußte nach dem Krankenhaus Westend geschafft werden. Weitere acht Personen, die gleichfalls in dem Motorwagen standen oder saßen, klagten über Verletzungen. In dem angefahrenen Wagen erlitten gleichfalls mehrere Fahrgäste leichtere Verletzungen. — Vor dem Hause Große Frankfurter Straße 141, wo gegenwärtig Straßenbauarbeiten ausgeführt werden, kam der schwerhörige Arbeiter Georg Berger, der offenbar die Warnungssignale eines herannahenden Straßenbahnwagens der Linie 69 überhört hatte, dem Wagen zu nahe und wurde umgestoßen. Er erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und fand im Krankenhaus Friedrichshain Aufnahme.

Wutztag und Totensonntag.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung über die Feiern des Wutztages und Totensonntags in diesem Jahre:

Die gegenwärtigen Verhältnisse machen es erforderlich, daß am Wutztag und Totensonntag dieses Jahres strengere Grundzüge hinsichtlich der Zulassung öffentlicher Theater- und ähnlicher Veranstaltungen zu gelten haben als bisher. Mit Rücksicht hierauf wird unter Zustimmung des königlichen Oberkommandos in den Marken für den Bereich des Landespolizeibezirks Berlin folgendes bekannt gemacht:

1. An dem auf den 22. November fallenden, dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Jahrestage (Totensonntag) werden als Aufführungen ersten Charakters nur zugelassen: a) Aufführungen klassischer oder modern-literarischer Theaterstücke völlig ersten Charakters in Theatern, die einem höheren Kunstinteresse dienen; b) Aufführungen geistlicher Musik und Aufführungen von Lichtbildern aus der biblischen Geschichte oder sonst mit religiösem Zweck und Charakter in Kirchen oder in den Räumen solcher Konzert- und Theaterunternehmungen, deren Zweck es ist, Darbietungen mit höherem Kunstinteresse zu veranstalten.

2. Am Wutztag, Mittwoch, den 18. November, und am Totensonntag, den 22. November, erstreckt sich das Verbot der öffentlichen Veranstaltungen auch auf alle privaten, in Theatern, Konzert- und sonstigen öffentlichen Vergnügungsorten veranstalteten Lustbarkeiten.

3. Vorträge über erste Gegenstände, die nicht unter den Begriff der Lustbarkeiten fallen, sind wie bisher auch diesmal gestattet. — Die polizeiliche Genehmigung der hiernach grundsätzlich zulässigen Veranstaltungen ist rechtzeitig nachzuholen.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Kursus: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der Arbeiterbewegung“ fällt des heutigen Jahrs wegen aus.

Keine Nachrichten. Im Tiergarten erschossen hat sich gestern ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt feststeht. Man fand ihn morgens um 7 Uhr am Floraplay in der Nähe einer Kassebank tot daliegen. Der Revolver, aus dem er sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen hatte, lag neben der Leiche. Diese wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Bei dem Toten fand man Papiere, die auf den Namen eines Dekorationsmalers Gustav Schnell lauten. — Am Mahlbachufer sprang ein Mann, der ein Weibchen unruhig am Ufer und abgegangen war, plötzlich kopfüber in den Landwehrkanal. Als er wieder auftauchte, gelang es Schiffen, die mit ihren Rähnen in der Nähe lagen, ihn mit einem Bootshaken an der Kleidung zu fassen und zu landen. Der Mann wurde, nachdem man ihm die erste Hilfe geleistet hatte, nach der Wohnung gebracht.

In Oranienburg stürzte das dreijährige Töchterchen des im Felde stehenden Landwehrmannes Weiskopf, Kurfürstenstr. 9, in einem unbewachten Augenblick beim Hinübergehen aus dem Fenster in die Tiefe. Das Kind war sofort tot.

Der Gesangsverein **Neu-Erwacht** (M. d. D. A. S. B.) veranstaltet mit dem Frauen- und Mädchenchor **Osten** (M. d. D. A. S. B.) unter Leitung des Dirigenten Herrn Feing Bleil am Sonntag, den 15. November, abends 7^{1/2} Uhr, im Obigen Festsaal (früher Keller), Kopenstraße 29, ein Wohlthätigkeitskonzert zum Besten der Kinderhilfskommission. Mitwirkende: Herr Roberson (Violone), Herr Becker (Cello), am Flügel Herr Feing Bleil. Eintrittskarten zu 30 W. sind im Jigarengeheiß von Paul Horch, Engelw. 15 (Gewerkschaftshaus), im Bureau des 4. Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11, und in allen mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Seinen **Wochenlohn** von 32,08 M. hat am Sonnabendnachmittag auf der Linie 49, Säbendorfer Allee bis Pflanzstraße, ein Arbeiter verloren. Der ehrsüchtige Finder wird gebeten, das Geld bei Krebs, Uferener Str. 12, Duerweg 111, abzugeben.

Aus der Partei.

Eine irreführende Zurückweisung.

Die „Schwäbische Tagwacht“ wirft uns eine irreführende Darstellung über die unter so eigenartigen Umständen vorgenommene „Erweiterung“ ihrer Redaktion vor. Die „Tagwacht“ schreibt u. a.: „Je einseitiger und gehässiger die Mitteilungen des Stuttgarter „Vorwärts“-Korrespondenten lauten, um so rückhaltloser wird der gesamten Öffentlichkeit klarer Wein eingeschenkt werden.“

Demgegenüber möchten wir betonen, daß unsere Bemerkungen zu dem württembergischen Landesvorstand vorgenommenen Handreich nicht aus der Feder unseres Stuttgarter Korrespondenten stammen, sondern in unserer Redaktion geschrieben sind; und zwar nach der Darstellung der drei von der „Erweiterung“ betroffenen Redakteure. Gestützt wurden unsere Bemerkungen noch durch Informationen, die wir von unbeteiligter Seite erhielten. Die Zurückweisung unserer „irreführenden Darstellung“ erscheint uns um so unverständlicher, als ein den Vorgang behandelndes längeres Zirkular des Landesvorstandes unsere Darstellung des Vorgehens gegen die frühere Stuttgarter Redaktion durchaus bestätigt. Der klare Stuttgarter Wein scheint recht trüber Rost zu sein.

Die südafrikanischen Arbeiter und der Krieg.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Der „Labour Leader“, das Organ der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, schreibt: „Viele von den Gewerkschaftsführern, die General Booth deportierte, kehren jetzt nach Südafrika zurück, einige von ihnen zu dem Zwecke, unter ihm die britischen Freiheiten zu beschirmen, mit denen sie so intime Erfahrungen gemacht haben — aber nicht alle.“

Zwei der neun deportierten Arbeiterführer, die Genossen J. L. Bain und Arthur Crawford, lassen keinen Zweifel darüber, in welchem Sinne sie während des Krieges in Südafrika zu wirken gedenken. Bain schreibt in einem Abschiedsbriefe an den „Labour Leader“:

„Ich freue mich über die weise staatsmännische Haltung der J. L. P. gegenüber dem Kriege. Es ist ein Jammer, daß diese Haltung in England nicht allgemein ist, aber sie wird es mit der Zeit werden. Ich selbst bin der Meinung, daß wir an diesem Krieg nie hätten teilnehmen sollen und daß wir es jetzt unsere Hauptaufgabe lassen sollten, ihn auf dem besten und schnellsten Wege zu beenden. Mit der Zeit ist in der britischen Presse heftigste Methode, „Deutschland zerschmettern“ zu wollen, sollten wir uns keinen Augenblick aufhalten. Ebe diese Monate vergangen sein werden, werden Zeit und hittere Erfahrung das Volk gelehrt haben, daß dieser Krieg ebenso wenig im Interesse des Volkes geführt wird, wie frühere Kriege. Ich bin sicher, hätte die ganze britische Arbeiterbewegung die Haltung der J. L. P. geteilt, dann wäre sie heute eine Macht im Lande. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, eine internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam oder anderwärts einzuberufen und Friedensbedingungen zu vereinbaren, die den Arbeitern aller vertretenen Länder annehmbar sein werden.“

Genosse Crawford schreibt, daß ein sozialistisches Komitee gegen den Krieg in Südafrika gegründet worden sei, das ein wöchentliches Organ veröffentlicht und eine energische Propaganda betreibt, und fährt fort:

„Zahlreiche Elemente unter den Büren, die der Führung der Generäle Behers und Dewet folgen, kämpfen gleichfalls gegen den Krieg, aber ihre Aktion ist von antibritischen und prodeutschen Gefühlen eingegeben. Sie sind Kapitalisten, die die Arbeiter noch mehr hassen und verachten, als sie den Krieg zu hassen vorgeben. Die südafrikanischen Sozialisten werden keinen Bund mit den rebellischen Bürenelementen schließen. Die sozialistische Propaganda ist weder antibritisch noch prodeutsch. Sie ist kriegsfeindlich.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Krieg und das Kinogewerbe.

Das Kinogewerbe hatte schon vor dem Kriege nicht die beste Konjunktur, mit Ausbruch des Krieges wurde dieselbe noch ungünstiger. In letzter Zeit hebt sich jedoch wieder das Interesse für Lichtbildvorstellungen, insbesondere ziehen die Kriegsfilme das Publikum stärker heran. Die Inhaber der Lichtbildtheater benutzen nun, wie so viele andere Unternehmer auch, die Kriegszeit, um die Löhne zu fügen und zwar bis um ein Drittel, ja sogar in einzelnen Fällen bis um die Hälfte des vorher Bezählten. Dabei werden von den Angehörigen erhöhte Arbeitsleistungen bei verlängerter Arbeitszeit verlangt, was in der Hauptsache der Verwendung von alten Filmen zuzuschreiben ist, die gemächlich sehr schadhast sind und sich nur schwer behandeln lassen. Weiter ist die Folge davon, daß bei der Vorführung sich oft Störungen ereignen, die dann stets auf das Konto der Vorführer gesetzt werden, und zwar in der Regel zu Unrecht. Die Lohnabzüge sind auch darum nicht berechtigt, weil ja das Publikum dieselben Preise zahlen muß wie früher, die Benutzung der alten Filme dagegen den Betrieb wesentlich verbilligt. Für die Vorführer ergibt sich aus alledem die Anwendung, sich vollständig der Gruppe der Kinooperateur anzuschließen, die wiederum eine Sektion des Deutschen Metallarbeiterverbandes bildet. Nur hier können ihre Interessen wirksam vertreten werden!

Deutsches Reich.

Arbeitsregelung im Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe.

Für die Angehörigen dieses Gewerbes sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Durch den Krieg ist das Ge-

werbe außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen. Von den im Verband der Lithographen und Steindruckere vereinigten Chemigraphen waren bei der letzten Zählung 1079 = 45% Proz. arbeitslos! Das Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker hat wegen der überhandnehmenden Arbeitslosigkeit Anfang September einen Aufruf an die Prinzipale erlassen, in dem diese gebeten werden, je nach Lage der Betriebsmöglichkeiten die Anstellen nicht ganz stillzulegen, sondern die Betriebe durch Verfürgung der Arbeitszeit oder Einführung von Wechselshiften aufrecht zu erhalten und so die Not, die in viele Familien der Gehilfen eingeleitet ist, zu lindern. Daraufhin sind eine Reihe Vereinbarungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen zustande gekommen, um die tariflichen Bestimmungen nicht zu verletzen. Trotzdem haben diese zu ganz verschiedenen Auslegungen geführt, die zu Beschwerden vor dem Tarifamt Veranlassung gegeben haben. Um dem in Zukunft vorzubeugen und mehr Einheitslichkeit in diese Vereinbarungen zu bringen, werden jetzt vom Tarifamt Richtlinien ausgearbeitet und den Prinzipals- und Gehilfenmitgliedern der Tarifgemeinschaft bekanntgegeben.

In diesen heißt es u. a.: Im Einverständnis mit den Gehilfen können A u s s h i l f e n um weitere 14 Tage, also auf 4 Wochen, verlängert werden. Wird die Verlängerung unterlassen, tritt nach 14-tägiger Beschäftigung, von dem darauffolgenden Zähltag ab, die tarifliche Kündigung in Kraft. — Der Ausschluß der Kündigungsfrist mit einem Teil oder dem gesamten Personal ist nur für die Dauer von höchstens 8 Wochen zulässig und muß dem Tarifamt zur Bestätigung vorgelegt werden. Köhrt sich bis zu diesem Zeitpunkt die tarifliche Kündigungsfrist nicht einfinden, so ist ein entsprechend begründeter Antrag auf Wiedergewährung dieser Ausnahme beim Tarifamt einzureichen. Unterbleibt solche Antragstellung, so tritt vom darauffolgenden Zähltag ab die tarifliche Kündigung in Kraft. Entschädigung von Überstunden bei verkürzter Arbeitszeit kann erst nach acht geleisteten Arbeitsstunden beantragt werden. — Aus Vereinbarungen, die von dem Tarifamt abweichen und vor ihrem Inkrafttreten nicht dem Tarifamt zur Begutachtung bzw. Genehmigung vorgelegt haben, kann später kein klagbares Recht gefolgert werden.

Der Nürnberger Arbeitsmarkt.

Bei der stark vom Export abhängigen Nürnberger Industrie wurde durch den Kriegsausbruch der Nürnberger Arbeitsmarkt schwer getroffen; er ist auch jetzt über die schwere Krise noch nicht hinaus. Mit den aus dem Vormonat übergegangenem 3282 unbeschäftigten Arbeitsgeheuen betrug im Oktober die Zahl der Arbeitsuchenden beim städtischen Arbeitsamt 7482. Ende Oktober waren noch 4821 stellenlose Arbeiter gemeldet. Immerhin ergibt sich dem Vorjahre gegenüber eine nicht zu unterschätzende Besserung der Arbeitsmöglichkeit für Männer. Auf 100 offene Stellen kamen im September 1914: 187 arbeitssuchende Männer gegen 197 im Jahre 1913; im Oktober 1914: 191 gegen 208 im Vorjahre. Wenig Arbeitsgelegenheit bot sich für Metallreher, Metallbrücker, Zirkler, Polierer, Schleifer, Fleischer und Installateure, Buchbinder, Pinselmacher, Maler, Fabrikarbeiter, für das Holzverarbeitungsgewerbe und das graphische Gewerbe und für das Wirtschaftspersonal. Buchschloßer, Eisenreher, Elektriker, Schmiede, Sattler, Schneider, Schuhmacher, Waschinisten und Geizer waren dagegen nur in ungenügender Zahl vorhanden. Von den ungelerten Arbeitern waren die Erdarbeiter gut, Ausgeher, Baker und Kupferer einigemmaßen, die übrigen Lohnarbeiter nicht ausreichend beschäftigt. Zu beachten ist, daß die Metallindustrie und das Baugewerbe in Nürnberg eigene Arbeitsnachweise besitzen, deren Ergebnisse in den Ziffern des städtischen Arbeitsamtes nicht enthalten sind.

Ausland.

Die Arbeitslosigkeit in Norwegen.

Seit Ausbruch des Krieges sammelt die norwegische gewerkschaftliche Landeszentrale Daten über die durch den Krieg hervorgerufene Arbeitslosigkeit. Die Zahlen werden vom staatlichen Arbeitsstatistischen Amt verarbeitet. Es liegen jetzt die Ergebnisse für den ersten Kriegsmonat vor. Danach waren von den der Landeszentrale angeschlossenen 69 907 Mitgliedern im ganzen 19 664 oder 28,13 Proz. in irgendeiner Weise von der Krise auf dem Arbeitsmarkt berührt. Von diesen waren 3242 ganz arbeitslos, 9100 arbeiteten mit beschränkter Arbeitszeit, 2735 arbeiteten zwar mit voller oder beschränkter Arbeitszeit, mußten jedoch einen Teil des Lohnes beim Arbeitgeber bis auf weiteres stehen lassen. Es kommen hier besonders die ungelerten Arbeiter, die Metallarbeiter und die Holzarbeiter in Betracht. Vergleichsweise sei angeführt, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1913 sich nur auf 981 Mitglieder oder 1,76 Prozent der Mitgliederzahl erstreckte. Wenn man von einigen ganz kleinen Organisationen unter 100 Mitgliedern abzieht, deren sämtliche Mitglieder arbeitslos geworden sind (Landarbeiter, Trikotagenarbeiterinnen, Bergarbeiter), so sind am schwersten die Seelensteine, die Schneider, die Schuhmacher, die Modellindustriearbeiter, die Goldschmiede, und die Former betroffen, und zwar mit über 50 Proz. der Gesamtmitglieder. Von den ungelerten Arbeitern waren 30 Proz. betroffen. Am günstigsten stehen die Lagerarbeiter mit 4 Proz., die Papierindustriearbeiter mit 5 Proz., die Maurer mit 6 Proz. und die Wäcker mit 8 Proz.

Aus Industrie und Handel.

Entschädigungsansprüche für Kriegsverluste.

In den Kreisen der Geschäftswelt herrscht noch vielfach Unsicherheit darüber, an welchen Stellen und in welcher Form Entschädigungsansprüche für Kriegsverluste anzumelden sind; ob beispielsweise eidesstattliche Angaben über Speditionsfirma und Versandtermin bestimmter ins Feindesland versandter Eigentumsstücke genügt oder ob ein beglaubigter Bückerauszug bzw. eine schriftliche Bestätigung des betreffenden Spediteurs beizufügen ist und dergleichen mehr.

Wie der Handelsvertragsverein Berlin von zuständiger Seite erfährt, ist in Kürze eine amtliche Bekanntmachung darüber zu erwarten. Voraussetzlich wird diese auch Näheres darüber enthalten, ob und in welchem Umfang handelsrechtliche Außenstände in Feindesland, welche durch den Krieg uneinbringlich werden, mit in die Entschädigung einbezogen werden sollen.

Die für die Einreichung der Entschädigungsansprüche maßgebende Behörde ist das auswärtige Amt. Da die Einreichung von Entschädigungsansprüchen gegenwärtig noch keineswegs eilt, so empfiehlt es sich, zu warten, bis genau kargefeilt ist, welche Ansprüche privatrechtlicher Natur überhaupt anmeldungsberechtigt sein sollen und in welcher Form die Anmeldung erfolgen muß. Die Ansprüche, welche durch volkrechtswidriges Verhalten der kriegführenden Staaten entstanden sind, können ohne weiteres angemeldet werden. Die Benutzung eines hierzu vom auswärtigen Amt zu beziehenden Formulars ist zweckmäßig. Am besten ist es, die Entschädigungsansprüche durch Vermittelung der zuständigen Handelskammern oder wirtschaftlichen Vereine einzureichen, damit diese das Material auf Vollständigkeit und Richtigkeit nachprüfen und die Behörden von etwa nötigen Rückfragen entlasten.

Beschlagnahme für den Heeresbedarf. Die auf den 10. November angelegte gewesene Häuterauktion der Berliner Häuteverwertung G. m. b. H. in Berlin-Bichtenberg ist kurz nach Beginn, wie die „Allg. Meischer-Ztg.“ mittelt, von amtlicher Seite verboten worden. Es wurden im ganzen 50 000 Stück Rindshäute, 30 000 Kalbshäute und 25 000 Stück Schaffelle im Auftrage des Kriegsministeriums beschlagnahmt.

Kriegsmehl in Ungarn. Aus Budapest wird gemeldet: Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, der zufolge Röhlen Feinmehl nur im Höchstmaße von 15 Prozent ihres Gesamtangebots herstellen können. Brotmehl aus Weizen oder Roggen kann zu 33 Prozent mit Gerstenmehl oder mit 30 Prozent

Weis, Kartoffel oder Reismehl gemischt werden. Andere Gattungen von Wehl dürfen aus Weizen oder Roggen nicht erzeugt werden.

Neuerliche Beschlagnahme deutschen Eigentums in Frankreich. Aus Paris wird gemeldet: Unter weiteren 20 beschlagnahmen deutschen Häusern befindet sich die Verna-dorfer Metallwarenfirma, die Feinstfabrik von Faber und das Warenkommissionshaus von Leonhard Litz.

Abnahme des englischen Handels. Das Londoner Handelsamt teilt mit, daß im Oktober d. J. der Wert der Einfuhr 51 559 289 Pfund Sterling betrug. Das bedeutet gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Abnahme um 20 170 887 Pfund Sterling. Der Wert der Ausfuhr belief sich in dem Monat Oktober auf 28 601 815 Pfund Sterling und hat gegen das Vorjahr um 18 020 884 Pfund Sterling abgenommen.

Soziales.

Jahresstellung.

Vielfach glauben Angestellte Rechte herleiten zu können, wenn ihnen „Jahresstellung“ oder „dauernde“ Stellung in Aussicht gestellt wurde. Sie müssen dann immer die Erfahrung machen, daß sie durch ihren Irrtum nur Kosten und Zeitverlumnis haben.

Das „Excelsior“-Hotel hatte im Frühjahr einen Hausmaler engagiert. Dieser neuerschaffene Posten sollte — im Gegensatz zu den Saisonanstellungen — eine Jahresanstellung sein. Als der Krieg ausbrach, kürzte die Hotelverwaltung zunächst das Wochenlohn von 34 M. um 6 M. und entließ den Maler schließlich ganz. Zum Ueberflus hatte der Maler kurze Zeit nach seiner Entlassung auch noch einen Vertrag unterschrieben, worin einjährige Kündigung festgesetzt war. Der Maler behauptete, sich in einer Zwangslage befinden zu haben. Er habe eine neue Stellung nicht so bald wiederfinden können, nachdem er in der Saison seine Beschäftigung aufgegeben habe, um im Hotel „dauernd“ angestellt zu werden. Der Maler forderte nun Weiterbeschäftigung bis 1. April 1915 oder eine Entschädigung von 300 M.

Nach erfolgter Auffklärung durch das Gericht zog der Maler seine Ansprüche zurück.

Gerichtszeitung.

Ein Krankenfassendefraudant.

Ein Defraudant, der nach Amerika geflüchtet war, dann aber nach Kriegsausbruch nach einer abenteuerlichen Fahrt über den Ozean freiwillig nach Deutschland zurückkehrte, um sich der Militärbehörde zu stellen, mußte sich gestern vor dem Strafgericht verantworten. Es war dies der Bureaubeamte Moritz Simon, der sich unter der Anklage der Unterschlagung und der schweren Urkundenfälschung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte.

Der Angeklagte, der rüdenmarkleidend ist, fand im November vorigen Jahres eine Anstellung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, nachdem er erst kurz vorher aus dem Gefängnis gekommen war. Angeblich um sich die Mittel zu verschaffen, um in einem Sanatorium des Auslands sein Leiden zu kurieren, unterschlug er im April dieses Jahres die Summe von 5600 M. und flüchtete damit nach Amerika. Als die ersten Nachrichten von der Kriegserklärung nach Amerika drangen, postete Simon sofort seine Sachen und trat mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ die Fahrt nach Europa an. Auf dem Ozean wurde das Schiff von englischen Kreuzern verfolgt, entkam jedoch infolge seiner größeren Geschwindigkeit. Bekanntlich wurde der Dampfer dann in einem neutralen spanischen Hafen von dem englischen Kreuzer „Dolphin“ in den Grund geschossen. Der Angeklagte gelangte dann schließlich nach weiteren abenteuerlichen Fahrten über Italien Ende September in Deutschland an, wo er sich zuerst der Militärbehörde und dann, da er als überzähliger Referent wieder entlassen wurde, der Polizeibehörde zur Verfügung stellte.

Das Gericht kam trotz der schweren Vorstrafen des Angeklagten nochmals zu einer Jubilierung mildernden Umstände. Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte 1½ Jahre Zuchthaus beantragt.

Preisrätsel in Zeitungen.

Das Landgericht III in Berlin hat am 13. Juni den Maler und Fotografen Fritz Holtermann und den Mitangeklagten Gerlach von der Anklage der unerlaubten Veranstaltung einer Lotterie bezw. der Beihilfe dazu freigesprochen. D. hatte ein Geschäft für photographische Reproduktionen gegründet und wollte sich auf dem Wege der Zeitungsanzeige schnell einen größeren Interessentenkreis verschaffen. Er veröffentlichte also in einem weitverbreiteten Blatte ein Preisrätsel, in welchem Preise im Betrag von 3000 M. ausgesetzt wurden für die Löser eines geographischen Bilderrätsels. Bemerkenswert war in der Anzeige noch, daß jeder, der 70 Pf. sowie eine Photographie mitsende, eine Vergrößerung der Bilder oder eine Verkleinerung, und zwar diese auf einer Broschüre, einem Manuskripten usw. erhalte. Auf diese Anzeige gingen 12 000 Lösungen ein, die aber meist nicht richtig waren. Es waren nämlich Orte zu raten, wie B—au in Schleisien, und die meisten Löser rieten statt auf Bunzlau auf Breslau. Einem Teil der Briefe waren 70 Pf. beigelegt und die Besteller erhielten tatsächlich für diesen geringen Preis das gewünschte Bild postfrei zugesandt. Daß Herr H. dabei gerade kein glänzendes Geschäft gemacht hat, ist vom Urteil anerkannt worden. Das Gericht hat nur auf Freisprechung deshalb erkannt, weil es angenommen hat, daß der angeblichen Lotterie kein Plan zugrunde lag, weil über die Art, wie die Preise verteilt werden sollten, nichts gesagt sei, und weil von einem Einsatz nicht die Rede sein könne. Die 70 Pf., die nicht die Kosten der Herstellung des gewünschten Bildes deckten, wollte das Gericht als Einsatz nicht gelten lassen. — Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Gemäß dem Antrage des Reichsanwalts hob am Freitag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zu Unrecht hatte das Landgericht angenommen, daß ein Spielplan nicht vorlag. Damit, daß jeder Löser des Rätsels 70 Pf. und eine Photographie einsenden sollte, war der Spielplan im allgemeinen gegeben. Daß bei der Verteilung der Preise vielleicht die Willkür des Veranstalters den Ausschlag gab, beweist gerade, daß der Zufall den Ausschlag gab, also eine Lotterie vorlag.

Kleine Nachrichten.

Ein Berliner Junge.

„So'n richtiger, waschechter Berliner in der Kompagnie ist nicht mit Gold zu bezahlen,“ erzählte jüngst ein Verwundeter aus dem Westen bei der Schilderung seiner Erlebnisse: „Hält einem die Berliner „Ioddrige Schnauze“ im Zivilleben manchmal unangenehm auf die Nerven, im Kriege ist sie oft eine wunderbare Belebung auf manchen Jagdpartien und Kleinmütigen aus.“

Wir hatten so einen Kerl mit einer richtigen „Dredschleuder“ in der Kompagnie. In der Gegend von Poperingen lagen wir eines Tages im Schützengraben. Plötzlich taucht vor uns der Feind auf, und bald bekommen wir heftiges Feuer. Die Lage wird recht ungemütlich. Der Feind prescht sich näher heran. Da schreit

unser Berliner plötzlich los: „Kinda, Kelt doch mal, bei bastuchte schwarze Festel da vorne! Au Wade, da drieben hab'n se'n Lunapark uffgemacht! Na, denn man run in't Cajniejen!“ Und schon fängt er an, mit Stentorstimme das schöne Lied zu singen: „Komm mein Schatz, komm mein Schatz, in den Lunapark.“ Alles lachte, das nervöse Gefühl der Beklemmung vor der nahenden Entscheidung war gewichen, und wie schmissen denn auch die schwarze Gesellschaft mit Hurra zurück.

Unser Berliner war in den vielen Einzelgefechten, die wir zu bestehen hatten, immer glatt davongekommen, so daß wir uns manchmal fragten, ob denn die „Berliner Schnauze“ nicht doch mal was abkriegen würde. Und richtig, eines schönen Tages, als sein Mundwerk gerade mal wieder nicht eine Minute stillstand, bricht er plötzlich mitten im Sprechen ab; ein Schuß war ihm in die linke Schulter gegangen. Doch noch kaum ein paar Sekunden brüllte er schon wieder los: „Kinda, Jott sei Dank, bloß in de Schulta! De Schnauze is heil jebleben!“

Ein niederbayerischer Feldpostbrief.

Aus dem Bayerischen Walde wird berichtet: Ein im Felde stehender Bader sandte an seine Mutter folgenden Brief: „Liebe Mutter! Dö Sach' ist net so einfach, Bier gibt es auch leins. Mit Grub Gueer Sohn B.“

Ein sozialdemokratischer Hauptmann.

Genosse Dr. Otto Bauer, Wien, Redakteur der wissenschaftlichen Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie „Der Kampf“, der auch auf dem Internationalen Kongress in Wien über die Feuerung referieren sollte, rüchte bei Beginn des Krieges als Referentleutnant eines böhmischen Infanterieregiments ein. Er hat eine große Zahl von Gefechten mitgemacht und hat bereits die Charge eines Hauptmanns erhalten. Bei den großen Offiziersverlusten seines Regiments hat Bauer bereits wiederholt wichtige Führerstellungen im Kampf auszufüllen gehabt.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt), III. Abteilung, Jahlabend: Mittwoch, 11. November, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. Jahlnacht: Mittwoch, 11. November, bei Wm. Augustin, Drantienstraße 103.

Jahlmorgen: Donnerstag, 12. November, bei Wm. Augustin, Drantienstraße 103. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Fritz Jubel: „Im Kampf.“

Dritter Kreis, I. Abteilung: Gemeinschaftlicher Jahlabend im Luisenpark (Znd. Georg Feldmann), Drantienstr. 180. Vortrag des Genossen Udo.

II. Abteilung im Gemeinshaus, Engelsstr. 15. Vortrag des Genossen Ritter.

7. Abteilung bei Henning, Alexandrinenstr. 44. Vortrag: Charlottenburg, V. Gruppe. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 3: Gemeinsamer Jahlabend mit Vortrag: Stralau. Der Jahlabend findet am Mittwoch — wie früher — in den Bezirkslokalen statt.

Friedrichsfelde. Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr: Gemeinschaftlicher Jahlabend bei Dorn, Prinzenallee.

Schmargendorf. Heute Mittwoch: Jahlabend im Restaurant Goetsch, Bornemünder Str. 14/15. Tagesordnung: Vortrag, Verschiedenes, Aufnahme neuer Mitglieder.

Ziegeln. Heute nur Abteilungsverfammlungen: Bei Schellhase, Hornstr. 15a; Zitel, Albrechtstr. 87; Dahl, Niederefelder Str. 21, und bei Schmarz, Bergstr. 74. In allen Abteilungen Vorträge.

Britz-Buckow. Heute gemeinschaftlicher Jahlabend bei Dommich, Rudower Str. 60/67. Wichtige Tagesordnung.

Ullersdorf. Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Wichtige Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus.

Der Jahlabend findet heute nicht statt. Freitag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Bismarck, Bismarckstr. 78: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die soziale Lage der Arbeiterschaft und der Krieg.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht. Freie Aussprache. — Die Gemeindevorstellung Ullersdorf ist zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.

Sonntag, den 15. November, nachmittags 6 Uhr, findet im Lokal von Kaul, Bismarckstraße, ein Volksliedabend verbunden mit Regitationen statt. Der Eintritt ist frei.

Zeichen-Ullersdorf. Der Jahlabend findet heute Mittwoch, bei Arzger, Ullersdorf, statt.

Viesdorf. Mittwoch, den 11. Nov., 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Oette, Karlsruher Str. 4.

Kaulsdorf. Der Jahlabend findet umhändelhalber heute nicht statt. Borjagwalde-Wittenau. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Boltzsch, Grunstr. 1, gemeinsamer Jahlabend für Wittenau bei Schulz, Hauptstraße 56.

Nit-Glienitz. Heute Mittwoch, den 11. November: Gemeinsamer Jahlabend im Restaurant Weiler, Straße am Hallenberg.

Röntgenal-Hepernd-Buch. Der Jahlabend für die einzelnen Bezirke fällt in dieser Woche aus, dafür findet in der nächsten Woche ein gemeinsamer Jahlabend statt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. Britz-Buckow, 13. November, nachmittags 5 Uhr, Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Tägliches Marktbericht der Rüdlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Dienstag, den 10. November. Rindfleisch: Rindfleisch per 50 kg, Dänische Ia 78—80, da. IIa 74—78, da. IIIa 65—73; Küstenfleisch Ia 78—82, da. IIa 68—75; Rühke, fett 60—70, da. mager 55—60, Pfeffer 65—72, da. holl. 45—50, da. dän. 45—55, Wullen, dän. 65—75. Kalbfleisch: Doppellender 110—120; Metzlender Ia 85—97, da. IIa 72—85. Hammelfleisch: Rastkammer 78—80; Hammel Ia 72—77, da. IIa 67—72; Schafe 67—72. Schweinefleisch: Schweine Ia fett 74—78, IIa 64—73; Gauen, dänische 0,00—0,00. — Gemüse, in-

ländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 3,75—4,00; weiße Kasserlenten 3,25—3,75; Magnum bonum 3,50—3,75; Boltmann 3,25—3,75; Vorree, Schod 0,70—1,00; Seltere, Schod 3,50—6,00; Spinat 50 kg 7,00—10,00; Kohlrüben 2,00—2,50; Kohlrabi Schod 0,00—0,00; Wirsingföhl Schod 4,00—10,00; Wirsingföhl 50 kg 3,50—4,00; Weißföhl Schod 3,00—8,00, Weißföhl 50 kg 2,00—2,50; Rotföhl, Schod 4,00—10,00; Rotföhl 50 kg 3,50 bis 4,00; Grünföhl 50 kg 3,00—4,00; Kohlrüben 50 kg 3,00—5,00; Leitener Röhren 50 kg 12,00—18,00, Würstche Röhren 50 kg 4,00—10,00; Stummelföhl, Grunter, 100 St. 15,00—22,00, Kolentföhl 50 kg 22,00—30,00, Meerrettich Schod 5,00—12,00, Peterklimmursel Schodbund 1,00—3,00; Knoblauch Schodbund 0,70—1,00; Salat Schod 2,00—3,00; Zwiebeln 50 kg 7,50—9,00; Tomaten 50 kg 7,00—10,00; Pfefferlinge 50 kg 00,00; Steinpilze 50 kg 00,00—00,00; Grünlinge 50 kg 5,00—7,00; Champignons 50 kg 00,00—00,00; Kürbis 50 kg 2,00—3,50.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Pindener Str. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. G. 21. Um Steinpilze zu trocknen, wagt man sie, wäscht sie aber nicht. In Scheiben geschnitten trocknet man sie auf Blechen oder Tellern im mäßig warmen Ofen. Will man sie an der Sonne trocknen, so reißt man sie auf Schnüre. Gewaschen werden die Pilze erst unmittelbar vor der Zubereitung. Man wäscht sie mehrere Stunden in kaltem Wasser ein und löst sie in demselben Wasser weich. — G. G. 100. Karl Rodet, Berlin O. Rombener Str. 48. — P. S. 110. Wälderberatungsbüro des Vorkriegsbaues, Geschäftsstelle Dönhofsstr. 121. — W. S. 100. Rein. — G. C. 32. Darüber können wir nichts sagen. Fragen Sie bei der Militärbehörde direkt an.

M. Haber. Der Antrag ist nicht gerechtfertigt. Wenden Sie sich an einen der Genossen, die in der Unterkümmungskommission sitzen oder sprechen Sie zwischen 2 und 3 Uhr in der Redaktion des „Vorwärts“ vor. — St. 73. Es genügt die einfache Vollmacht; hierdurch demnachmögliche ich meine Frau, die Unfallrente für mich zu erheben. Zweckmäßig ist es, die Vollmacht durch die Post zu senden oder den Bezirksvorsteher beizulegen zu lassen. — Verabfolgung I. 1. Voraussetzung nur zur Bewachung öffentlicher Gebäude. 1. Rein. — R. S. 59. Eine Beschwerde ist in diesem Fall nicht möglich. Sie können auf Ausstellung von Zustellungen gegen die Gesellschaft klagen. Der von Ihnen vorgetragene Umstand gibt Ihnen aber kein Recht, die jetzt fälligen Beiträge nicht zu zahlen. — W. S. 32. Die Wohnung ist dieselbe wie für jeden andern in gleichem Range stehenden. — W. S. 65/69. Wegen großer Kautelenoten nur landturmpflichtig. — W. S. 999. In der nächsten Zeit. — M. C. 1. Rein. 2. In zwei Jahren. 3. Das Gewerbegericht befindet sich Zimmerstr. 90/91. — G. W. 50. Eine Beschwerde an das Versicherungsamt hätte in Ihrem Falle keine Aussicht auf Erfolg. Wir haben wiederholt im „Vorwärts“ dargelegt, daß leider die schuttmöglichen Rechte gekürzt sind und nur noch die Regelleistungen bestehen. — G. W. 100. So weit erlässlich, ist Ihre Wohnung gesundheitsgefährdend. Ob sie das ist, müssen Sie durch einen Arzt oder einen Bauinspizierenden (vielleicht durch die Gesundheitspolizei) nachweisen. Ist sie gesundheitsgefährdend, so haben Sie das Recht, die Wohnung sofort aufzugeben und Schadenersatz zu verlangen. Zweckmäßig ist es: Sie lassen sich die gesundheitsgefährdende Verhältnisse der Wohnung beschreiben, klagen auf Aufhebung des Mietvertrages und beantragen gleichzeitig den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, die Ihnen gestattet, mit allen Mobilien die Wohnung zu verlassen. — W. S. 18. 1. Derseiber; landturmpflichtig. 2. Ja. — Gustav Müller, 150 M. für die Verkau; es kann eine Ermäßigung gewährt werden. — Historia 1. Ja, falls die uns unbekanntem Versicherungsbedingungen nicht entgegenstehen. — B. G. Neuföhl. 1. Rein. 2. Ja. 3. Durch Frauen und Eid. — P. R. 7. Wegen chronischer Krankheiten der Atmungsorgane sind Sie zunächst zurückgestellt und dann wegen asthmatischer Beschwerden geringeren Grades für landturmpflichtig erklärt. — Tausend. Rein. — R. R. 2798. 1. Das Gericht kann, wenn die Aufgabe verweigert wird, dennoch aus dem Gesamtumstände annehmen, daß Euertrag vorliegt und demnach zur Scheidung kommen. 2. Die Frau sollte schon jetzt einen Antrag auf Zahlung von Alimenter stellen. — G. R. 2. Wegen Herzleides und Unterleibsbruchs landturmpflichtig. — W. S. 81. Wegen chronischer Unterleibsleiden unzulässig. — W. R. 2. 1. Rein. Sie in diesem Fall Zahlung von Miete ab. Das Mietverhältnis wird eventuell mit dem Birt persönlich verhandelt. 2. Der Birt kann in Ihrem Fall jetzt gar nichts verlangen. Allerdings bleiben die Miete Ihres Mannes seinem Grundbesitzvertragsrecht unterworfen. — G. S. 50. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Ihnen Zahlungsbirt gewährt wird und die Alimenterkämpel als nicht vorhanden erachtet wird. Sollte Klage erfolgen, so sprechen Sie mit derselben und dem Weisvertrieb in der Sprechstunde vor. — W. M. 75. Ihre Schwägerin hat Anspruch auf Witwen- und Waisenrente. Ihr wird auch auf Antrag außerdem eine Unterabteilung gewährt. Der Antrag ist an das Bezirkskommando oder an die Inspektur zu richten. — Martin S. 1. Ja; aber auf Antrag wird die Steuer in Ihrem Falle niedergeschlagen. 2. Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — W. S. 34. 1. Ihre Frau soll gegen den Arbeitgeber beim Gewerbegericht klagen. 2. Ja. — G. S. 1. 1. Rein. Es möge notariell oder gerichtlich abgegeben sein. 2. Rein. — P. S. 100. Ihr Sohn soll die Kriegstroung vornehmen. Er befragt hierzu der Gemeindegewählte. Derselbe muß er bei dem Vorgesetzten einholen. Beide Geburtsurkunden sind erforderlich. Die kriegsgetrauten Ehefrauen haben dieselben Rechte wie alle andern, also auch auf das auf die Unterabteilung. — G. S. 35. Ein Ausritt ist leider nicht möglich, wenn nicht eine längere Kündigungsbirt vereinbart ist. Eine Klage gegen Ihren Mann kann die Gesellschaft während der Dauer des Kriegszustandes nicht durchfahren. — W. U. 35. Rein. — G. R. 82. Ihr Mann ist zunächst wegen Herzleides zurückgestellt und dann wegen dieses Leidens und wegen Gekränktheitsmüdigkeit für dauernd unbrauchbar erklärt. — B. D. S. Wenn aus den Statuten des Vereins nichts anderes hervorgeht, sind Ihre drei Fragen zu verneinen. — B. O. Können Sie nachweisen, daß die Wohnung gesundheitsgefährdend ist, so kann der Birt keine Miete beanspruchen. Sie können dann ohne Einholung einer Kündigungsbirt ziehen und Schadenersatz verlangen. — W. S. 1914. Wenn Sie die Unbrauchbarkeit des Wagens nachweisen, so hat der Verkäufer keinen Anspruch auf Kaufgeld. Fordern Sie ihn auf, innerhalb einer von Ihnen zu bemessenen Frist nun endlich den Wagen gebrauchsfähig zu liefern, und erklären Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist, daß Sie von dem Kauf zurücktreten und Schadenersatz verlangen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag: Ein wenig kühler und sehr windig. Zeitweise aufklarend, dazwischen, besonders im Küstengebiet, noch öfter etwas Regen.

MOSLEM

Feinste Qualitäts Cigarette 3 S

Auf 2 Lose ein Gewinn garantiert!

Ziehung schon 17. Novbr.

Berliner Lotterie

d. Groß-Berliner Kunstausstellung

Gewinne im Wert von Mark

100000

Hauptgewinne im Wert von

10000

5000

Wer 2 Lose kauft, eine gerade u. eine ungerade Nummer, muss gewinnen.

Lose 2 M. Porto u. Liste 50 Pf.

H. C. Kröger

BERLIN W8, Friedrichstr. 193a.

Haben Sie schon? Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Mass, schick, durch. Zuzust. von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)

